



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

53 (1.2.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207718](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207718)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich 3,00 M., halbjährlich 15,00 M., vierteljährlich 7,50 M. ...

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die II. Zeile M. 200.— ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Vor neuen „Sanktionen“ Frankreichs

Kurze Uebersicht

Da die auf den 31. Januar von der Reparationskommission verlangte Zahlung von 500 Millionen Goldmark nicht erfolgt ist, fand gestern bereits eine Besprechung zwischen Barthou und Poincaré statt.

In einer französischen Verbalnote wird auf angebliche Verletzungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien hingewiesen und im Anschluß daran mitgeteilt, daß vom 1. Februar ab keine Kohlen- und Koksversendungen mehr aus der besetzten Zone in das übrige Deutschland ausgeführt werden können.

Nach den vorliegenden Meldungen haben die Franzosen im neu- und altbesetzten Gebiet im Laufe der beiden letzten Tage über 250 Beamte ausgewiesen.

Gestern wurden 25 Studenten der Technischen Hochschule in Baden verhaftet und ausgewiesen, weil sie sich an den Ausgehungen für den gewählte Regierungen beteiligten.

Die Reichsregierung beabsichtigt, für das alte und neu besetzte Gebiet einen Wucherkommissar zu bestellen, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden soll.

Die britische Regierung hat in einer Kabinetsitzung den Vorschlag der Vereinigten Staaten über die Sanierung der britischen Schulden an Amerika zugestimmt.

Im Konsolidationsamt in Berlin hat der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Rapallovertrag stattgefunden.

Der Notenkrieg

Einstellung der Kohlen- und Kokslieferungen

Die französische Regierung überreichte am Mittwoch nachmittag dem deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat von Hörsing eine Verbalnote, in der auf die angeblichen Verletzungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien, die die Reparationskommission am 16. und 26. Januar festgesetzt habe, hingewiesen wird.

Am Schluß der französischerseits überreichten Verbalnote wird mitgeteilt, daß sich Frankreich weitere Sanktionen, die sich als notwendig erweisen könnten, vorbehalten. Am Dual d'Orsay wurde gesagt, die Note sei nur eine einfache Mitteilung, die keine Verantwortung der deutschen Regierung voraussetze.

Wie Hayas meldet, tritt die Einstellung der Kohlen- und Kokslieferungen aus dem Ruhrgebiet nach dem übrigen Deutschland noch in der Nacht zum 1. Februar in Kraft. Von 12 Uhr ab werden nur noch Brennstoffe nach Italien weiter durch das unbesetzte Gebiet Deutschlands gehen.

Deutsche Protestnoten

In fünf Noten hatte die französische Regierung der deutschen Regierung Vertragsverletzungen vorgeworfen. Dagegen hat diese in einer durch den deutschen Geschäftsträger in Paris übergebenen Note Einspruch erhoben, da das von der französischen Regierung beanstandete Vorgehen der deutschen Behörden die unvermeidliche Folge des von Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes begangenen Rechtsbruchs ist.

Der deutsche Geschäftsträger ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der gegen die Beschlagnahme von 300 Betten aus dem Essener städtischen Krankenhaus durch die Besetzungsbehörden nachdrücklich Einspruch erhoben und die unverzügliche Räumung der beschlagnahmten Räume der Krankenhausstation gefordert wird.

Ueber die nächsten Absichten im Ruhrgebiet

Schreibt der „Antragsheft“: Man müsse noch einige Zeit warten, bis die besetzten Gebiete vollständig vom übrigen Deutschland abgetrennt werden würden. Franzosen und Belgier könnten die Abtrennung des Ruhrgebietes nur dann vornehmen, wenn sie sich vorher mit der englischen Regierung verständigt hätten.

Der Berliner Korrespondent des „B. L.“ bespricht im Hinblick auf die noch kommenden Sanktionen den Wunsch der französischen Regierung, vorläufig jede Diskussion in der Kammer zu vermeiden. Das lasse allerdings auf

Keine große Siegesgewißheit

Schließen. Die Stimmen in den Zeitungen häufen sich, die einen Mißerfolg des französischen Unternehmens herausrechnen. „Echo de Paris“ weist nach, daß die angebliche Abschätzung verbunden mit der Zwangsenteilung der Kohlensteuer nichts einbringe. Erkens müßte die Besetzungskosten gedeckt werden, zweitens müßte die Ausbeutung der Kohlengruben sozial einbringen, das eine Steuer einführt werden könnte. Wenn aber das Ruhrgebiet abgetrennt werde, gebe es in einer Woche keine Ausfuhr, keine Förderung und

denfalls auch keine Steuern mehr. Wenn die Arbeit aufhöre, seien schlimme Wirkungen sozialer Art zu befürchten. Es bliebe also nichts anderes übrig, als den Export der Kohle nach Frankreich, Belgien und Italien zu versuchen. Darauf seien aber Frankreich und Belgien nicht vorbereitet. Der Abtransport zur See sei unmöglich, weil es an Kohlenhäfen und an Kundtschaft fehle. Wenn das unbesetzte Deutschland auf die Ruhrkohle verzichte, könnten Frankreich und Belgien die geforderte Kohle nicht los werden. Aus allen diesen Gründen werde der Versuch, das Ruhrgebiet der Ruhr zu verwalten und auszubauen, für Frankreich und Belgien großen Schwierigkeiten und Aufgaben begegnen, ohne irgend einen Gewinn einzubringen.

Der Meinung sind wir auch. Gefeuchtlicherweise hat man auch im Ruhrgebiet selbst durchaus ruhiges Blut und fordert das unbesetzte Deutschland auf, sich durch die angekündigten Sanktionen nicht schrecken

zu lassen. Gewiß sei es möglich, daß die Franzosen einige durchgehende Eisenbahnstrecken in Gang stellen können, um Lebensmittel und Truppennachschübe vornehmen zu können. Das sei aber auch alles. Wahrscheinlich würden die Franzosen bei ihrer Unkenntnis der komplizierten Anlagen auch das nicht einmal können. Siehe der Eisenbahnverkehr still, könnten bald die Kohlenarbeiter nicht mehr arbeiten, und dann? Dann werde man am Ende sein. Bei der Neuinführung einer fremden Währung müßte die Bank von Frankreich Noten über Noten drucken. Das würde den Kurs des Franken noch ganz anders erschüttern, als es schon heute der Fall sei. Schiffe man eine Rhein- oder Ruhrfahrt, so wäre das Risiko noch viel größer, denn kein Mensch würde dieses Zahlungsmittel annehmen. Die Franzosen hätten die Führer des Verwaltungsapparats verhaftet, um die mittleren und unteren Beamten in die Hand zu bekommen, aber gerade diese Schichten seien viel radikaler als die Chefs.

Eine unerwartete Folge der Politik Poincarés ist auch die zunehmende

Krise in der französischen Schwerindustrie

Die Zahl der im ostfranzösischen Industriegebiet stillgelegten Hochöfen, die sich in der abgelaufenen Woche auf 13 belief, ist nach dem „Antragsheft“ inzwischen auf mehr als 30 gestiegen. Der Preis für Bechenscheitels, der für den Monat Februar für das den Hütten zugehörige Kontingent auf 110 Franken und für die über das Kontingent hinausgehenden Mengen auf 155 Franken die Tonne festgesetzt war, ist mit Wirkung von gestern ab auf 150 bzw. 200 Franken erhöht worden.

Bezeichnende Enthüllungen über Smeets

Der Reichspräsident von Düsseldorf veröffentlicht in der sozialistischen „Volkzeitung“ einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß der bekannte Vertreter der Idee der rheinischen Republik, Smeets, auf Aufforderung von hoher französischer Seite mit dem Leiter des französischen Volkeidienstes Proulx und mit einem Beamten des auswärtigen Amtes in Paris schon Anfangs 1922 den Aktionsplan der einen etwaigen Besetzung des Ruhrgebietes besprochen habe. Bei einer neuen Zusammenkunft in Köln habe Poincaré sich geäußert, daß die französische Besetzung die Unterdrückung der Gewerkschaften bedeute, die sich in den Händen der Unabhängigen und Kommunisten befänden. Smeets habe diese Annahme energisch bestritten, mit der Begründung, daß den Ausschlag lediglich die Berliner Zentrale der Gewerkschaften geben werde. Der Regierungspräsident schließt aus diesem Vorgehen, daß die angebliche Verletzung Deutschlands nur ein Vorwand sei, um eine bereits ein Jahr früher klar geäußerte Absicht zu demütigen. Seine Mitteilungen verdonnert der Regierungspräsident drei deutschen Teilnehmern, die sie ihm für 20 000 Mark überlassen haben. Gleichzeitig ein Zeugnis dafür, mit welcher ehrbaren Beuten Smeets seine Geschäfte betreibt.

Der Streik der Beamten

Der Streik der Eisenbahner im Bezirk Mainz besteht auch heute noch. Verhandlungen über die Besetzung des Streiks haben noch nicht stattgefunden. Die französischen Eisenbahner versuchen, einen notwendigen Verkehr herzustellen. Dabei sind einige Zugentgleisungen von Wagen und Lokomotiven vorgekommen.

Post und Telegraph arbeiten in Essen noch nicht wieder. Die Forderungen der Beamtenschaft werden von der Besatzungsbehörde nicht angenommen, weil in der Unterseite nicht die einzelnen Namen der Führer angegeben sind. Würden die Führer mit Namen herzutreten, so wäre ihre sofortige Ausweisung unausweichlich.

Die Düsseldorfster Zöllnämter Hubertus und Hafen sowie die dazu gehörigen Unterstellen, ferner das Hauptzollamt und das Zollamt Neuhöfen, das Hauptzollamt Mönchen-Gladbach, das Zollamt Krefeld Hafen und das Zollamt Duisburg Paralelhafen sind von den Franzosen militärisch besetzt worden. Sämtliche deutsche Zollbeamte haben darauf den Dienst völlig eingestellt, so daß der Verkehr stillliegt.



Das gesamte Zollgebiet an der Ruhr.

„Das Rheinland ist bezwungen“

(Von unserem Mitarbeiter.)

Paris, 30. Januar.

Der Verkehrsminister Le Troquer soll ein freudbeglänzendes Gesicht aufgesetzt haben, als er — nach der Rückkehr aus dem Ruhrgebiet — in den Bandelgängen der Deputiertenkammer Mitteilungen über die Lage machte. „Das Rheinland ist fest in unserer Hand; wir werden es organisieren, denn wir wissen jetzt die feste Verknüpfung des altbesetzten mit dem neubefreiten okkupierten Revier durchzuführen. Ich versichere Ihnen, meine Herren, das Rheinland ist bezwungen, wir können dort ungestört bleiben, solange wir wollen.“

Das waren die Worte des Ministers, wie sie in den halbamtlichen Blättern reproduziert werden. Le Troquer führte den General Wegand nach Essen. Er selbst spielte eigentlich eine Vermittlerrolle, denn General Wegand wird die alleinige Verantwortung für das „Organisationswerk“ im Ruhrgebiet auf sich nehmen. Er wird laut „Echo de Paris“ die französische Position zu aufbauen, als ob sie für Jahre bestimmt sei. Es geht jetzt um eine wirkliche militärische Besetzung, nicht mehr um die „Sicherung einer Ingenieurmission durch Militär.“ Das hinterher etwas zugegeben wird, was vom Beginn an jeder halbwegs vernünftige Mensch sehen konnte, ist nichts weiter als poincaristische Taktik, Durchführung der Welt, insbesondere Täuschungsmanöver gegen die Engländer. Die sogenannten Sicherungstruppen waren kriegsmäßig ausgerüstet, rüsten als Okkupationsarmee auf; die Nachschube an Munition und Feuergerät waren so bedeutend, daß man in Mittelfrankreich (schon am ersten Aufmarschtag) in den Zeitungen schrieb: „Das ist die große Offensive; die Fortsetzung des Krieges nach dem dreijährigen Waffenstillstand.“ Die Regierungsblätter hatten die Aufgabe, das Märchen von der „Schutzmannschaft für die Ingenieure“ weiter auszuwickeln. Inzwischen erledigte der oberste Generalfstab, hinter der Kurline der wirtschaftlichen Sanktionen („L'oeuvre“) die kriegsmäßige Besetzung des Gebietes. General Wegand hat jetzt im Ruhrgebiet mit den vorhandenen Truppen einen vor der Pariser Konferenz fix und fertig gemachten Plan rein militärischen Charakters zu realisieren.

Das Wort des Londoner „Daily Chronicle“: „Die Maske ist gefallen“, beweist, daß Poincaré gegenüber der öffentlichen Meinung Englands eine Täuschung ausführte, die allmählich ihre Folgen — zunehmendes Mißtrauen — merkt läßt. Der Pariser „Remport Herald“ schrieb: „Die französische Regierung stellte das Londoner Kabinett vor überraschende Tatsachen; die Situation gleicht der vom Juli 1914. Poincaré will im Ruhrgebiet ein fait accompli schaffen — die militärische Okkupation auf unbestimmte Zeit — und mit diesem Stand in der Hand will er England gegenüberstellen. Diese Politik wird in Londoner Kreisen, die Frankreich gewogen sind, sehr peinlich empfunden.“

Wie betont, war der militärische Einmarsch ins Ruhrgebiet das Ergebnis eines Beschlusses des obersten Generalstabs, das deutsche Ruhrgebiet abzuschneiden, keine Erfolge dem unbesetzten Deutschland vorzuenthalten. Der passive deutsche Widerstand bei post festum die „Rechtserhebung“ für diese rein strategische Unternehmung. Doch die halbamtlichen Blätter sind in den berühmten Fehler verfallen, der darin liegt, daß derjenige, der für seine Handlung zuerst Entschuldigungsgründe vorbringt, sich selbst entlastet. Wie auf Kommando rufen gleich sechs Pariser Zeitungen mit der grandiosen „Enthüllung“ heraus, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes sei hauptsächlich deshalb geschehen, weil „man wisse, das nachrichtliche Deutschland bereite mit Ruhstand zusammen den Kampf gegen Frankreich vor; die Okkupation des Ruhrreviers bedeute in erster Linie eine strategische Deckungsmaschine. Nicht auf die Kohle allein läme es Frankreich an, sondern auf die Zertrümmerung des deutsch-russischen Angriffsplans im Vorhinein. Die berühmte Bouscardphantasie hilft mit dies offizielle Eingebung in knalligen Farben auszumalen, die „deutschen Soldaten mit ihren russischen Waffenbrüdern“ in Wort und Bild dem einigermassen überraschten und überdöselten Zeitungsleser vorzuführen. Also nicht wegen der Kohle marschierten die Horden ins schwarze Land, sondern wegen einer angeblichen Kriegsgefahr. Damit bricht wohl das System Poincarés zusammen, das bekanntlich in der Feststellung absichtlicher Verletzungen Deutschlands keine „Rechtsgrundlage“ besitzt, als auch die vor der Ruhrbesetzung aufgestellte Beweisführung, man werde nach der Okkupation mehr Kohle für Frankreich herausholen, als vorher. „L'oeuvre“ hält die ganze Geschichte von dem deutsch-russischen Kriegsspiel für ein Wunder der Rheinlandanexionisten, denen das linksrepublikanische Blatt stärker denn jemals entgegentritt; unter dem Vorwand einer „latenten Kriegsgefahr“ sollen die Truppen an der Ruhr bleiben, soll eine großartige Organisation getroffen werden, um einen Damm zwischen dem unbesetzten und dem endgültig loszutrennenden Deutschland (Rheinland und Ruhrbecken) zu legen.

In diesem Sinne drücken sich jetzt auch zahlreiche Nationalisten, Bloßmänner, aus, die Poincarés „sindige Operation“ außerordentlich loben. Auf die Kohle pfeifen sie; die Armee Frankreichs auf der Linie Düsseldorf-Dortmund-Minden-Münster ist ihnen tausendmal lieber als der in Aussicht gestellte Kohlentransport. „Echo de Paris“ versichert, Frankreich habe Europa vor einem Krieges gerettet, dadurch, daß es den Russen und den Deutschen an der Ruhr zuwekam. Diese Lüge wird trotz ihrer Hirnrichtigkeit, nach den Vereinigten Staaten gefeiert; sie bildet den Kern der neuen antideutschen Propaganda in Nordamerika. In England findet sie nur bei den extremen Konservativen („Morning Post“) Anklang.

Und eine solche Presse, die sich strupplos in den Dienst eines brutalen Militarismus gestellt hat, überschüttet die deutschen Zeitungen mit den wildesten Beschimpfungen, beschuldigt sämtliche deutschen Nachrichtenblätter der Lüge und des Betruges. Das poht ganz in das französische Kriegesgetriebe. Die Zensur steht vor der Tür. Offizielle Blätter stellen sie in Aussicht, denn die deutschen Lügen kommen wieder und über eine entwerrende Wirkung auf das Publikum.“ Im Ministerrat wurde darüber gesprochen; den amerikanischen Korrespondenten, die aus Berlin an ihre Kollegen nach Paris telegraphieren, um die Weitergabe nach Remooz zu befehlen, will man den Draht abschneiden, denn es „soll“ sich auf diesem Wege eine „defaitistische Propaganda“ entwickeln, die natürlich Deutschland aus der verzweifelten Lage helfen soll.

In Wirklichkeit entstehen die tollsten Gerüchte über Vorgänge in Deutschland in Frankreich. Sie entstehen dadurch, daß in der Provinz starke Truppenverschiebungen stattfinden, daß Kolonnen über die franzosenfeindliche Haltung in Bayern berichten. Polen, die hier eintreffen, sind sehr nervös, befürchten den Krieg mit Russland. Dazu kommt der Franken-Rückgang, die lächerliche Haltung Englands, die Aufpeitschung der Bouscardpresse gegen Deutschland, Frankreichs nationalstille Zeitungen sorgen so ausreißend für die Erregung der Unruhe, daß wahrlich keine deutsche „Agendenbildung“ mehr notwendig ist.

Der Optimismus ist geschwunden. Es wird nur mehr vom „Durchhalten“ gesprochen. Das „bezwungene Rheinland“ des Ministers Le Troquer hält die „Action Française“ — die wenigstens

Ihre Meinung brutal verkündet — nicht für ein „Fand“, sondern einfach für den nächsten Kriegshauptplatz. Von General Beggand verlangte der einflussreiche Baron Lauder, der Großvater des Dichters des „Lazarus de Larocque“, die Vorbereitung des endgültigen Sieges über Deutschland, das „geprägt“ werden muß um Frankreichs Stellung in Europa zu sichern. . . In diesem politischen Stadium befindet sich, nach Meinung der Nationalisten, das „Reparationsproblem“.

Die Knute

Weitere Verhaftungen und Ausweisungen

Direktor Kiege, Vorstand des Hauptzollamtes Ludwigshafen, wurde am 30. Januar nachmittags von der französischen Polizeibehörde mit sofortiger Wirkung ausgewiesen. Seiner Familie wurde zum Wegzug 4 Tage Frist gegeben.

Gestern nachmittags erschien eine große Abteilung Infanterie mit mehreren Panzerautos vor dem Geschäftshaus der Fahrzeugwerke Bueg in Bochum. Der Chef des Werkes Bueg, der Direktor Schwarz und der Proturist Bormann wurden im Auto weggebracht. Wie es heißt, sollen sich die Fahrzeugwerke geweiht haben, schadhafte Autos der französischen Besatzung auszuwecheln.

Der Oberbürgermeister von Herne, Dr. Sparieder ist verhaftet worden. — Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, ist gestern der Bürgermeister von Cleve, Dr. Wulle, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Bahnhof von Cleve ist von den Belgieren besetzt worden. Die deutschen Eisenbahner wurden von dem Bahnhof vertrieben.

Wegen Verletzung des Großverbotes des Ministers des Innern sind bereits mehrere Beamte der Essener Polizei festgenommen worden. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden sie entlassen.

Die Rheinlandkommission hat 23 Studenten der technischen Hochschule Aachen, fast ausschließlich Rheinländer, die bei der Rundgebung für den Regierungspräsidenten verhaftet worden waren, ausgewiesen. Die Ausweisung soll vollstreckt werden, sobald das noch schwebende Verfahren beendet ist.

Die Unterdrückung der Pressefreiheit

Gestern sind wieder acht Zeitungen verboten worden, darunter die „Köln. Zeitung“ und die „Köln. Volkszeitung“. Wegen der verantwortlichen Redakteure ist von der französischen Besatzungsbehörde bei der Weisung der Besatzungsmacht ein Strafverfahren wegen Verbreitung von Rachedriften, die die Sicherheit der Besatzungsbehörden gefährden und deren Würde zu verletzen geeignet sind, eingeleitet worden. Die Verhandlungen sind voraussichtlich vor dem zuständigen Militärpolizeigericht statt.

Vor dem Kuchener Kriegsgericht fand gestern Verhandlung gegen mehrere Schriftsteller statt wegen der Veröffentlichung des Auftrags zu einer halbseitigen Arbeitsruhe. Das Gericht erkannte auf Geldstrafen. Das Gerichtsgelände vor und während der Verhandlungen war mit Maschinengewehren, Panzerkraftwagen und Gendarmen umstellt.

Die Undurchführbarkeit des Belagerungszustandes

Die Essener Besatzungsbehörde teilt mit, daß der Erlaß, der den Verkehr auf der Straße von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh verbietet, nicht beachtet zu werden braucht, da sich keine Undurchführbarkeit infolge der eigenartigen Verhältnisse im Ruhrgebiet ergeben habe. Demzufolge fahren die Straßenbahnen heute wieder nach dem alten Fahrplan.

Die Hilfe für das Ruhrgebiet

Berlin, 1. Febr. (Von unserm Berliner Büro.) Am Reichsarbeitsministerium fand gestern mit dem Gewerkschaftsvertreter eine Besprechung über die Lage im Ruhrgebiet statt. Am wesentlichen handelt es sich dabei um die Verteilung der im ganzen Reichsgebiet eingeleiteten Lebensmittelmengen. Um die Spenden zweckentsprechend zu verteilen, werden die Gewerkschaften ihren Organisationsapparat zur Verfügung stellen. Weiter wird mit Hilfe der Gewerkschaften eine Hilfsorganisation für die Ausgewiesenen durchgeführt werden. Die Eisenbahnverwaltung hat von sich aus eine Hilfsorganisation geschaffen, um etwaigen Massenausweisungen der Eisenbahner zu begegnen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat gleichfalls seine Bereitwilligkeit zur Unterbringung von Flüchtlingen erklärt; desgleichen fordert der Reichslandbund seine Mitglieder auf, den Ausgewiesenen unentgeltlich Unterkunft zu gewähren.

Informationsreisen

Der Reichstagspräsident Lohde ist in Essen gewesen und hat sich bei seinen Parteigenossen über die Lage im Ruhrgebiet und über die Stimmung der Bevölkerung unterrichtet. Die neuen Verordnungen des Reichswehrministeriums, die an allen Bahnhöfen angehängt sind, sind gestern in einer Sitzung der Eisenbahner-Funktionäre unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Grüner besprochen worden. Von dem Ergebnis wird Grüner, der gestern abend nach Berlin abreist, die Reichsregierung persönlich unterrichten. Inzwischen ist auch der Reichswehrminister Dr. Lohse, der früher Oberbürgermeister von Essen war, wieder in Essen eingetroffen. Man nimmt an, daß auch er bereits heute dem Kabinett in Berlin über seine Wahrnehmungen berichten wird. Zum gleichen Zweck hat sich der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaften nach Berlin begeben.

16 1/2 Millionen bei einer improvisierten Sammlung

Berlin, 1. Febr. Gestern abend fand im Berliner Sportpalast eine Veranstaltung der Rheinländer statt. Nur rheinländische Bogen erschienen im Ring. Nach dem zweiten Kampf erschien Weltmeister Walter Rühl, Reichssieger Richard Rau, die deutschen Meister im Bogen Brenzel, Breitenreiter und Sasse und be-

kannte Rennfahrer. Sie richteten einen flammenden Aufruf an die Zuschauer, für die Rheinlandspende zu sammeln. Die Scheine flatterten unaufhörlich in den Ring. Spenden von einer halben Million Mark und mehr wurden gegeben. Amerikaner, Schweizer und Holländer spendeten mit vollen Händen. Die Zählung ergab rund 16 1/2 Millionen Mark.

Französische Klagen über die „deutsche Propaganda“

Wenn der Ruhrkrieg die Unterwerfung Deutschlands nicht bringen sollte, so ist nur die deutsche Propaganda daran schuld. Wie dieser Legende warten die Pariser Blätter ihren Lesern auf. Clement Baulet, der Chefredakteur des „Journal“, veranschaulicht die „traurige Lage, die durch die deutsche Beeinflussungsarbeit“ verursacht wird“, in nachfolgender Schilderung:

„Der Ministerpräsident berät jeden Tag, sogar zweimal im Tag, mit den Ministern des Krieges, der Finanzen, des Verkehrs und des öffentlichen Gebiets; diese Erörterungen stehen im Auf, sehr wertvolle Meinungen über die durch Besetzung des Ruhrgebietes entstandenen Probleme zu äußern. Auch der Marschall Koch ist dabei, denn er soll doch auch dreinsprechen. Aber ich konzentriere mich auf die Abwesenheit einer Person, die jeder dieser Konferenzen zugegen werden sollte. Sollte Herr Poincaré nicht daran gedacht haben? Oder erwiderte die Person auf die Einladung des Präsidenten: „Ach, die Arbeit beschäftigt (im Französischen: „occupe“)“. Das klingt mir aber sehr unwahrscheinlich. Denn es handelt sich um den Propagandaleiter, den Chef der „Agence Nationale de Publicité“. In der gegenwärtigen Zeit müßte er eine vorherrschende Rolle spielen. In den Besprechungen über allerlei innerpolitische und internationale Fragen sitzt er neben Herrn Poincaré und hält Reden. In der Ruhrfrage hat er nichts mitzusprechen. Gemäß, um die in Essen engagierte Schlacht zu gewinnen (und wir müssen sie gewinnen, sonst führen wir in entsetzliche, unabsehbare Katastrophen) brauchen wir Soldaten, Kanonen, Tanks, Ingenieure, Postbeamte, Eisenbahner, wir brauchen eine starke Organisation, Energie, Ausdauer. Aber wir brauchen auch die moralische Unterstützung, oder — wenn wir es zuzustehen können — die sympathische Neutralität der Welt; heute gelingt nichts mehr, wenn man keine gute Presse hat.“

Am Deutschland ist im Begriff die Weltmeinung ernstlich zu bearbeiten. Es bombardiert England, Italien, Amerika, alle Nationen — selbst Frankreich — mit Geschossen, die mit solchen Nachrichten gefüllt sind, mit Verleumdungen, mit mehr oder weniger lächerlichen Verdächtigungen. Gleichmäßig jammer Deutschland, läßt paßwörter Schreie aus, rüttelt an seinen Ketten, ogelt das Stille: „Die Jungfrau als Märtyrerin“, wobei wir die Rolle des feigen und grausamen Verleumers spielen. Zudem wir nicht mit der Lüge: „Ach, das ist doch ein schlechtes Melodram, kein Mensch läßt sich einsperren.“ Irrtum: es gibt schlechte Märtyrer, die erliegen, und das umso mehr, da die weinerliche Note der Germania gleichfalls. Niemals, zu keiner Zeit hatten wir ein so dringliches Bedürfnis, die germanische Propaganda zu bekämpfen, wie heute. Wir sind bedroht durch diese deutsche Heerde. Wir stehen infolge der deutschen Propaganda heute vor der Welt als Kandidat und Eindringler da. Mögen wir noch so brave Leute sein, die widerspenstigen Schuldner haben es ferner gebracht, daß wir für absehbare Erfolge gelten, die mitten im Frieden ein wehrloses Land überfallen haben.

Baulet gehört zu den Pariser Chronisten, die vorläufig eingehüllte Beobachtungen aussprechen dürfen, ohne von der nationalistischen Rhetorik mißbraucht zu werden. Diesmal scheint er es auf die höchst erschütternden Meldungen der französischen Propaganda abgesehen zu haben, die der öffentlichen Meinung die „sympathische Neutralität der Welt“ vordrückt.

Frankreichs Sonderpolitik im Orient

Eine diplomatische Niederlage Englands

Ueber den Einbruch, den Poincarés Querretter im Orient in England macht, berichtet der Londoner Korrespondent der „Fr. Ztg.“: Der englische Politik wird im Augenblick, wo die Londoner Politik gegenüber der französischen Gemalation im Ruhrgebiet der Pariser Regierung einen unerschöpflichen Dienst leistet, durch die neueste Separation Poincarés im Orient ein katastrophaler Schlag zugefügt. Die Rücksicht auf die Orientfrage war keineswegs der einzige und bestimmt nicht das wichtigste Motiv bei der englischen Haltung gegenüber der Ruhrfrage. Aber trotzdem muß London auf schwerste Enttäuschung sein, weil die Rechnung geradezu ins Gegenteil umschlug.

Ueberdies war offiziell immer betont worden, daß Frankreich Lord Curzon in Lausanne aufs lauffähigste unterstütze obwohl das Gegenteil ziemlich deutlich ersichtlich war. Die Kommentare der Presse sind teilweise noch zurückhaltend, offenbar in der Hoffnung, daß die volle Wahrheit nicht zurifft. Jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß intern die denkbar schlimmsten Gefühle erregt sind, denn England ist fürs erste auf der ganzen Linie geschlagen.

Neuer meinet aus Lausanne: Erstens: Durch den französischen Schritt sei eine sehr verwickelte Lage entstanden. Zweitens: In naheliegenden Kreisen herrsche die Auffassung, daß Frankreich seine besondere Vorkaufsbehandlung verlange, sondern nur die Absicht habe, auf jeden Fall einen Bruch mit der Türkei zu vermeiden.

Lord Curzon erklärte im Rahmen der Verbündeten, die Annahme der von den Türken geforderten Frist für die Annahme der allerersten Friedensbedingungen sei unmöglich. Er hoffe, daß die Türken die Frist bis Sonntag zur Belegung der Schwereisen auszuhalten würden. Dsmet Pascha erwiderte, er werde sich bemühen, innerhalb dieser Frist zu einer Lösung zu gelangen.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, bezeichnen die türkischen Blätter den Friedensvertragsentwurf für unmöglich.

Aus dem Reichstag

Protest gegen die kulturelle Unterjochung

Berlin, 1. Febr. (Von unserm Berliner Büro.) In einem Antrag, den alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unterstützen, und der ohne Debatte angenommen wurde, hat der Reichstag das schändliche Attentat der französischen Frontpöle auf den Schulbetrieb im neubesetzten Gebiet an den Pranger gestellt. In dem französischen Annexionsplan, den Poincaré mit so dreifacher Einn absatzungen fortführt, bildet die Zerstörung des geregelten Unterrichts der Jugend ein keineswegs zu unterschätzendes Zwischenglied. Wenn man die lange Liste beschlagnahmter Schulräume, die der Zentrumsabgeordnete Schreiber aufzählte, überblickt, so schwindet jeder Zweifel: hier liegt nicht lediglich das nackte Bedürfnis der Invasionsstruppen vor, hier handelt es sich um ein Verbrechen. Das Werk kultureller Unterjochung, das man in den Rheinländern durchzuführen sich seit Jahren bemüht, soll nun auch im westfälischen „neueroberten Gebiet“ verankert werden. So wird methodisch am stilligen und materiellen Ruin eines friedlichen und entworfenen Volkes gearbeitet.

Am zweiten Teil seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich das Haus mit der

Kleinrentnerfürsorge

Endlich scheint es nun soweit zu sein, daß praktische Maßnahmen an die Stelle der papiernen treten sollen. Lange genug freilich hat man den Dingen ihren Lauf gelassen, die Not der Kleinrentner ist inzwischen ins unermessliche gestiegen, hat vielfach mit beschämendem Hungerleid oder Selbstmord geendet. Und mit bangem Herzen fragt man sich: Wird bei der durchdringenden Zerrüttung unserer Finanzen, die der Ruhrkatastrophe verursacht hat, der an sich erspriehliche Entwurf das halten, was er verspricht? Auf jeden Fall gebührt dem Ausschuß Donat, der, wie die Volkspartei (Herrn Dr. Wag) treffend bemerkt, dem Gerippe des Regierungsvorlages gewissermaßen erst das Fleisch hinzusetzt. Von rechts bis links wurde der Tragödie des verarmten Mittelstands verständnisvolles Beileid gesendet, am eifrigsten wohl durch den Mund des demokratischen Redners Dr. Ritz, der es mit Recht bedauerte, daß die Kleinrentner nicht an unserer joyalen Segnungen teilnehmen könnten.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm, wie sich versteht, die Frage nach der Verteilung der finanziellen Lasten ein, die schließlich den Wünschen der Regierung gemäß gelöst wurde. Man nahm dann noch die zweite Lesung des Jugendgerichtsgesetzes vor, konnte jedoch die dritte Lesung nicht mehr durchführen, da sich gegen eine so beschleunigte Erledigung des Gesetzes Widerspruch ergab. Heute werden voraussichtlich die Rügen der Vorgänge zur Sprache kommen.

Badischer Landtag

Rechtsrat, 31. Jan.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Wiltmann richtete der deutchnationale Abg. Mayer die Anfrage an den Präsidenten, ob es richtig sei, daß zwei Mitglieder der in Karlsruhe weilenden Comite-Kommission der heutigen Sitzung betraut werden würden.

Präsident Wiltmann bestätigte dies und erklärte, daß er gebeten worden sei, für zwei Mitglieder der französischen Kommission Eintrittskarten für die Diplomatentage auszugeben. Die Verhandlungen seien öffentlich und daher für jedermann zugänglich.

Abg. Moser erwiderte, daß die Erklärung des Präsidenten nicht befriedigend, werde seine Fraktion an den Verhandlungen nicht teilnehmen und den Saal verlassen. Das bedeute keine Mißachtung der Arbeit des Berichterstatters.

Die deutchnationale Fraktion und die Mitglieder des Landtages sowie mehrere Abgeordnete der Deutschen Volkspartei verließen den Sitzungssaal. Im Verlauf der Sitzung wurden verschiedene

Die Änderung des Kofenpreises, das Polizeigesetz, das Polizeiverordnungsgezet, der Gesetzentwurf über die Versicherung der Kinderbestände; hierauf wurde der Zentrumsantrag betreffend die Abfindung der Brennererlen beraten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Zentrumsantrages, den Abfindungsbrennern das entzogene Brennrecht nach Möglichkeit wieder zurückzugeben, für die Zahlung des Zuschlages eine Stundung von drei Monaten zu gewähren und die Befreiung der Brennzeit aufzuheben. Außerdem sollen den süddeutschen Abfindungsbrenneren die nach dem Rano-polese verbleibenden Rechte erhalten und die Brennweinausschlüsse nicht zu hoch festgesetzt werden.

Der Antrag auf sofortige Auszahlung des Betriebsunterstützungspulveres wurde angenommen. — Der Zentrumsabgeordnete Spengler hat sein Mandat niedergelegt. — Nächste Sitzung: Donnerstag, keine Vorlagen.

Letzte Meldungen

Schweres Grubenunglück

Berlin, 1. Febr. Ein Grubenunglück von außerordentlicher Größe hat sich gestern in den Vornitzgruben auf der Grube Heilig ereignet. Durch eine Kohlenstaubexplosion wurden etwa 500 Mann in der Grube eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten werden durch die vorhandenen günstigen Gase sehr erleichtert. Bisher konnten 200 Mann geborgen werden, jedoch sind noch 600 Bergleute unter Tage gefangen. Man befürchtet, daß der größte Teil der Unglück ums Leben gekommen ist. — Die gestrige Explosion auf der Heiliggrube stellt sich als ein Grubenunglück von seltener Größe heraus. Der Grubenbetrieb ist stillgelegt. Die Rettungsmannschaften des Berges und fast aller umliegenden Gruben haben mit Gasmaskenarbeiten ausgearbeitet, die Rettungsarbeiten aufgenommen.

Zweifel sagen, nun sei alles tot, Es lebe niemand, der noch singe. — Sie mögen doch bedenken, wie allgemein die Not, Wie alle Welt mit Sorgen ringet! Kommt Sanges Tag herbei, dann singt man wohl und sagt, Ihr sollt schon leben! Ein kleines Vögelchen höre ich, das auch so klagt Beim Schlafensgehen: „Ach singe nur, wenn's wieder tagt.“

Walt her von der Vogeweibe.

Theater und Musik

Der Theaterkulturbund hat sich mit seiner jüngsten Veranstaltung seinem Hauptarbeitsgebiet zugewendet: die Kenntnis von Bühnenleistungen älterer und neuer Zeit zu vermitteln, die aus legend einem Grunde auf der deutschen Bühne nicht zur Wiedergabe gelangen. Es wäre zu wünschen, daß der Theaterkulturbund hierbei nun bleibt, die empfindliche Lücke ausfüllt, die seit Jahren im Spielplan des Nationaltheaters klafft, und dem Literaturfreund ermöglicht, in ständiger und lebendiger Berührung mit der zeitgenössischen dramatischen Literatur zu bleiben. Insen, Wedekind, Strindberg, Tolstol, und was der Theaterplan sonst für die nächsten Monate verspricht, gehören, weiß Gott, dazu nicht mehr! Hofmannsthal und sein im vergangenen Jahre voraufgeführtes „Großes Salzburger Welttheater“ gehören insoweit nicht mehr ganz dazu, als man über ihn seit Jahren kein Urteil sich hat bilden können und als er auch in dieser Dichtung neue Seiten seines künstlerischen Wesens nicht aufweist. Mit dem für ihn bestehenden Anpassungs- und Einfühlungsvermögen hält sich der moderne Wiener in die geistig-seelische Bewandnis des mittelalterlichen Menschen, wie er schon im Spiel von „Jedermann“ getan hat. Diese Waise, wenn man so sagen will, trägt er seltener als die antikisierende in seinen Griechendramen oder die fastpaarierende im „Betrübten Benedig“. Hofmannsthal greift hier den mittelalterlich-höflichen Gedanken, den Calderon wohl erstmals in seinem Welttheater künstlerisch gestaltet hat, auf, daß das ganze Leben nichts anderes sei, als ein Spiel, auf dem Schauspieler, das Frau Welt aufrichtet, vor Gott dem Herrn spielt. Ein jenseitiger erhält keine Rolle, sei es schwer, sei es leicht, und muß sie nach besten Kräften durchführen, bis ihn der Spielwart

Lob von der Gens ruft. Dann spricht am Ende Gott die „Kritik“, über die Leistungen aus und läßt sie, so nicht zu leicht befanden, in das ewige Licht, wo das wahre Leben erst anhebt. Hofmannsthal's Dichtung, wie immer bei diesen Sprachkünstler, hat ihren besonderen Reiz — wenn man von dem entlehnten Grundgedanken absteht, — eben im Sprachlichen, im Rhythmus, in der Farbigkeit des Wortes. Sie gliedert sich (nach dem Vorspiel) in zwei deutlich geschiedene Teile: einen dramatisch-gesteigerten und einen feierlichen, an die Totenfeier gemahnenden, am zuletzt ganz ins mysteriöse einmündigen. Bruno Schätzfeld sprach das unfaßliche Wort (schon fast gekürzt) frei aus dem Gedächtnis mit vollkommener Beherrschung des geistigen Inhalts, mit vollkommener Beherrschung seiner rezitatoren Aufgabe. Sein schönes, modulationsfähiges Organ ersonnlich ihm, die einzelnen Spieler ohne jede Affektierung zu charakterisieren, den sprachlichen Teilen den ganzen Schmelz Hofmannsthal'scher Diktion zu geben und die dramatischen Akzente mit Kraft und Härte herauszubekleben. R. Rosenbergs hat zu der Dichtung eine untermalende Musik geschrieben, die vom Komponisten gestern erstmals auf dem Bühnen dargestellt wurde. Sie hat den archaischen Vortrag einen guten Schauspielersinn, sich zu beschließen und dem Wort seine übertragene Bedeutung zu lassen. Sie ist aber ergänzend, unterstützend. Zuweilen erhebt sie sich zu eigener Bedeutung, weniger im Vorspiel als besonders in dem „Lied der Welt“ und in dem schön gestimmten Schluß, wo sie sich noch über das Wort hinausführt. Der Beifall war sehr stark und galt dem Sprecher wie dem Komponisten.

Beifall aus Baden-Baden. (31. Januar.) Am Vorabend verheißungsvoller Bühnenergebnisse sei der wichtigsten künstlerischen Ereignisses gedacht, die uns die letzten vierzehn Tage brachten. Da war einmal im Rahmen der Wirt-Konzerte des Städtischen Orchesters die Aufführung einer Sinfonie für Streichinstrumente und Harfe, Wert 27 von Paul Graener, der als Wiederkomponist wohl bekannt ist und längst auch mit einer Oper Erfolg hatte. Das sympathische Werk läßt ihn als Neoromantiker erkennen, den deutlich fühlbare Unterformen nach Richard Strauss in Verlesung bringen. Ausdrucksvolle Motive neben eigenwilligen Erweiterungen von Sätzen, die ohnehin nicht immer zum Mitsprechen einladen. Musikdirektor Hain und das Orchester hatten sich des bedeutendsten Wertes mit Wärme angenommen. Für den Verlauf des Konzertes war es von großer Bedeutung, daß unsere bedeutendste städtische Pianistin, Frieda Kwak-Hobapp, als Solistin mitwirkte. Gelehrter Erfolg war auch einem Blockabend Emanuel v. Seltins beschieden, eines jungen Geigers, dessen Charakteristischem reife, edle

Kunst ist. Auf der Kurhausbühne gab es am 27. Januar einen „großen Tag“: die Erstaufführung von Richard Wagners „Lohengrin“ vollzog sich im Rahmen einer möglichst wie darstellerisch gleich hochbedeutenden Vorstellung. Unter der Führung des genial nachschöpferischen, dichterisch interpretierenden Dirigenten, des Operndirektors Prof. Otto Vahse, wies sich das Städtische Orchester den höchsten Anforderungen der Partitur gewachsen und brachte das Werk in selten zu hörender Tonhöhen, geläuteter Klangfülle und fein durchdachter dramatischer Durchbildung zur Wiedergabe. Sämtlichen Solisten, Edith Waechter-Wiesbaden (Elisabeth), Elja Ant-Darmstadt (Evanus), den Karlsruhern Willy Jilke (Lanzhüter), Herm. Wucherpfennig (Landgraf), Rud. Wenrauh (Wolfram), ist hohe Gelangskultur, klare Sprechweise und tiefempfundenes Spiel nachzurufen und der symphonischen Leistung Zusätze sowie dem Gestalter der umringungsvollen, stimmungsvollen Bühnenbilder, Ludwig Sievert, der unerschütterliche Tod zu spenden. Von den Erstaufführungen des Schwanen-„Der Rattenpöle“ von Wern Hopmann und eines Wunders „Prinzessin Nicola“ von A. Bernauer und A. Schanzer, Musik von Van Gilbert, zweier sehr, sehr anspruchsvoller Werte, ist nicht mehr zu sagen, als daß ihnen bei vortrefflicher Wiedergabe ein ungewöhnlicher Vortrefflichkeit beschieden war. Ein Gottespiel des Ballets vom Landestheater Karlsruhe bewies nicht mehr, als daß die Leistungen dieses Balletkörpers über den Durchschnitt nicht hinauskommen. A. M.

Alte Chronik. Nach langem Summertreiben ist Hugo Haupt, der Verleger der Bibliotheca Germanica erotica et curiosa, eines der Standwerke deutscher Wissenschaft, gestorben. Wenige Tage nach seinem 80. Geburtstag wurde der Herr, der in den letzten Jahren schwerer Not litt, von Tode erlöst. — Der Wiener Bühnenverein hat zwei wöchentlich zur Verteilung gelangende Briefe im Verlage von zwei Millionen und einer Million Kronen an jene zwei Schauspieler, Sänger, Regisseure oder Kapellmeister zu verteilen beschließen, die im Verlaufe des Jahres die besten künstlerischen Leistungen nach Ansicht eines aus Kritikern und Autoren zusammengesetzten Schiedsgerichts vollbrachten. — Der a. Professor der Botanik und Direktor des pflanzenphysiologischen Instituts an der Berliner Universität, Geh. Rat Dr. Gottlieb Haberlandt ist zum 1. April 1923 von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden. Prof. Haberlandt gehört zu den hervorragendsten Vertretern der physiologischen Pflanzenanatomie. Seine Hauptarbeiten sind die Verdringung der physiologischen Pflanzenanatomie und die Entdeckung der Simesorgane der Pflanzen.

Sitzung des Bürgerausschusses am Mittwoch, 31. Januar 1923

Lärmjahren der Kommunisten — Genehmigung der 60prozentigen Wohnungsabgabe und des Theatervoranschlags

Das Wetterglas stand gestern im Bürgerausschusse auf Sturm. Als Oberbürgermeister Dr. Ruder die Beschlußfähigkeit des Kollegiums festgestellt hatte — es wird gerade noch gelangt haben, da die Bänke große Lücken aufwiesen —, verlangte Stv. Horst (Kommunist) das Wort zur Geschäftsordnung. Als der Oberbürgermeister, der offenbar über den beabsichtigten Vorstoß nicht ununterrichtet war, um Auskunft darüber ersuchte, über was Stv. Horst sprechen wolle, wurde erwidert, der Schaden, der am Dienstagabend im Rosengarten verursacht wurde, sei seiner Ansicht nach eine Angelegenheit, die auch den Bürgerausschuß interessieren müsse. Als Stv. Horst trotzdem nicht das Wort erhält, fangen die Kommunisten mit Unterstützung der Galerie, die sich inzwischen mit Gesinnungsgenossen gefüllt hat, dem Redner zu lärmern an — Stv. Krenzer schlägt mit der Faust während auf dem Fuß, während die Galerie sich durch Schmähe „auszeichnet“, daß der Oberbürgermeister unter Berufung auf die Gemeindeordnung die Protokolle zur Ordnung rufen muß. Die Verlesung des Stadträtlichen Antrages zur Wohnungsabgabe geht fast völlig in dem Lärm unter. Der Oberbürgermeister ruft einem Kadaverbruder auf der Galerie zu: Wenn Sie die Sitzung führen wollen, dann sollten Sie wenigstens den Mut haben, Ihren Namen zu nennen! Neuer Lärm. Schließlich droht der Vorsitzende mit der Räumung der Galerie und der Schließung der Sitzung. Langsam wird es ruhiger. Stv. B. Fuhs ist bei der Begründung der Vorlage ebenfalls sehr schwer zu verstehen. Dagegen bringt die kräftige Stimme des ersten Fraktionsredners, des Stv. Schneider von der Wirtschaftlichen Vereinigung, durch Klammern legen sich die Wogen der Erregung. Aber noch lange machen sich die Kadaverbrüder auf der Galerie durch gelegentliche rüde Zwischenrufe bemerkbar. Die Fragehaftigkeit verheißt und veränderter Elemente, die sich nicht schämen, nach der Manier sozialer Demagogen zu lärmern, hat sich wohl noch nie in diesem Raum in so abstoßender Form geltend gemacht.

Auf den Ton der Galerie waren auch die Ausführungen des kommunistischen Stadtrats Beschleier abgestimmt, der mit großem Stimmensaufwand und sichtlich aufgeregt — er schlug ebenfalls wiederholt mit der Faust auf den Tisch des Haukes — gegen die Vorstände weiter, die nach kommunistischer Ansicht an dem heutigen Wohnungselend schuld sind. Der Vorstoß wandte sich in gewohnter Manier gegen die Diktatur, wo immer noch nicht genügend rationiert sei, gegen Klubräume — der Viktoriaklub habe heute noch 8-10 Zimmer zur Verfügung —, Empfangs-, Billard- und Raucherzimmer, gegen Dielen und sonstige erhebliche Vermögensverluste. Eine Kontrollkommission, die sich aus solchen Wohnungselenden zusammensetze, die schon seit Jahren die rote Dringlichkeitskarte besitzen, würde sicherlich noch Hunderte von beschlageneren Räumen ausfindig machen. Bürgermeister Dr. Walli, der Dezentern des Wohnungselends, machte späterhin darauf aufmerksam, daß eine derartige Kommission sicherlich manchen Wohnraum entdecken würde, der zugunsten der Schaffung neuer Wohnungen freigegeben werden könnte. Selbst die schärfste Rationierung kann nicht jeden Raum zu Wohnzwecken erschaffen, weil nicht jeder Raum dazu geeignet ist. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß wir uns nicht von allen Repräsentationsräumen entblößen dürfen, wenn wir Wert auf rege persönliche geschäftliche Beziehungen in Industrie und Handel legen, die letzten Endes auch der Arbeiterkraft zugute kommen. Anderwärts denkt man in dieser Beziehung weniger bolschewistisch. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nicht damit einverstanden sind, daß die überfüllten Wohnräume unter allen Umständen geräumt werden müssen. Bürgermeister Dr. Walli hat in seinem kürzlichen Bericht über die in einkindigster Weise für die 60prozentige Wohnungsabgabe, was, wahrhaft erschreckende Bilder entrollt. Es ist ein für Mannheim unwürdiger Zustand, daß 8 und mehr Personen gezwungen sind, in einem Zimmer zu wohnen, daß Familien dazu gezwungen sind, in Räumen zu schlafen, in denen das Wasser an den Wänden herunterläuft. Kinder, die in diesen Höhlen aufwachsen, sind von vornherein zum Sektum verdammt. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, daß hier umgehend Wandel geschaffen wird.

Stv. Moses vertrat in überzeugender Weise im Namen der Deutschen Volkspartei den Standpunkt, daß es nicht die Wohnungsabgabe, sondern nur der allmähliche Abbau der Zwangswirtschaft aus dem Sumpf des Wohnungselends retten kann. Man bedenke: 1500 Wohnungen sind allein nötig, um den jährlichen Zugang zu befriedigen. 12 Milliarden M müßten durch Abgaben aufgebracht werden, da die Erhaltung einer Wohnung heute schon 8-10 Millionen M kostet. Es ist klar, daß dieser Aufwand nicht durch die jetzige Praxis beschafft werden kann, weil dazu eine Abgabe von 1500% des heutigen Steuerwerts notwendig wäre. Wer kann das zahlen? Die Masse der Mieter keinesfalls. Seit vier Jahren fällt es keinem Privatmann ein, sein Geld in Neubauten anzulegen, weil die Voraussetzungen für eine zeitgemäße Verzinsung nicht gegeben sind. Wie auslegungen für eine zeitgemäße Verzinsung nicht gegeben sind. Wie können nur vorwärts kommen, wenn wir die Mieter der bestehenden Häuser denjenigen der Neubauten angleichen. Dann wird auch das zurzeit in Deulsen angelegte Kapital zum Häuserbau verwendet werden. Herr Moses sprach sich für den stadträtlichen Antrag nur unter der Einschränkung aus, daß der gemeindliche Zuschlag nur zur Fertigstellung der begonnenen stadträtlichen Bauten verwendet wird. In diesem Sinne hatte das Zentrum einen Abänderungsantrag eingebracht. Herr Moses vertrat weiter die durchaus einschneidende Auffassung, daß in Zukunft die von der Allgemeinheit aufzubringende Summe lediglich zur Unterstützung der Baugemeinschaften und der privaten Bauherren benötigt werden sollte. Gleichzeitig müssen die Hausbesitzer aber auch in die Lage versetzt werden, mit den Reparaturbeiträgen ihrer Mieter die dem Verfall ausgehenden Wohnungen instandsetzen zu können.

Stv. Schneider stellte sich als Sprecher der Wirtschaftlichen Vereinigung ungefähr auf den gleichen Standpunkt. Nur ging er weiter und lehnte die Vorlage mit der Begründung ab, daß vor allen Dingen für die Erhaltung der alten Häuser gesorgt werden müsse. Dazu aber sei ein 200prozentiger Instandsetzungsbeitrag nötig. Der demokratische Stv. Scheel erklärte, daß seine Fraktion unter der Einschränkung für die Vorlage stimmen werde, daß die Angleichung der Abgabe an die Leasingbezüge der Reichsbeamten nur bis Ende des Jahres erfolge. Stv. Dr. Roedel wandte sich ebenfalls wie Stv. Moses gegen die Ausleitung einer Blankosollmacht auf unbestimmte Zeitdauer, zu jenseitig Stv. Dr. Hiesler die vorbehaltlose Zustimmung der Sozialdemokraten unter dem Gesichtspunkt erklärte, daß die Abgabe zum mindesten zur Wahrung des Wohnungselendes beitragen. Als der Oberbürgermeister bemerkte, daß der Stadtrat nichts dagegen einzuwenden habe, daß der vom Zentrum gewünschte Zuschlag gemacht werde, zog Dr. Roedel seinen Antrag zurück, zumal die gemeindliche Abgabe auf die kommunale Reichsgelehrte aufgerechnet werden soll. Am 7 Uhr konnte nach recht viel unnötiger Rederei endlich zur Abstimmung geschritten werden. Unter dem Vorbehalt bezüglich der Dauer wurde die stadträtliche beantragte Abgabe gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten genehmigt, der stadträtliche Antrag gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten.

Zum Schluß gab es noch eine recht unangenehme Heberfahung für die Kommunisten. Da neue Aufstellungen zu beschließen waren, hatten sich die bürgerlichen Parteien dahin geeinigt, den Theatervoranschlag ohne Debatte anzunehmen. Als der Kommunist Scheel den abweichenden Standpunkt seiner Fraktion kurz begründet hatte, ließ der Vorsitzende abstimmen, was einen neuen Entschließungsakt der Kommunisten im Saal und auf der Galerie ermöglichte. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, fast 10 Arbeiter im Voranschlag zu streichen und infolgedessen die Aufwendungen für die Theaterarbeiten von 83 auf 88 Millionen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde ebenfalls unangenehm angenommen, wie der ganze Voranschlag. Schimpfend leerte sich die Galerie.

Sitzungsbericht

Das Haus ist bei Eröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr schlecht beleuchtet. Der Kammeranruf ergibt die Beschlußfähigkeit des Kollegiums. Die Galerie fällt sich rasch mit radikalistischen Elementen. Die Kommunisten verschulden einen scharfen Zusammenstoß mit dem Oberbürgermeister, weil sie zur Geschäftsordnung nicht das Wort erhalten. Wie aus ihren Äußerungen hervorgeht, wollen sie die Vorläufe am Dienstagabend im Rosengarten mit der Motiolerung besprechen, daß der entstehende Schaden eine Angelegenheit sei, die den Bürgerausschuß interessieren müßte. Der Vorsitzende erklärte die Erörterung der Angelegenheit für geschäftsordnungswidrig und geht unter dem entfallenen Protest der Kommunisten im Saal und auf der Galerie zur Tagesordnung über.

Wohnungsabgabe

Der Stadtrat beantragt in Abänderung des Gemeindeforschusses vom 8. August 1922 den neben der Wohnungsabgabe für das Land zu zahlenden Zuschlag vom 1. Januar 1923 ab wie folgt festzusetzen: Der gemeindliche Zuschlag (Pflanzzuschlag) zugleich freiwilligem Zuschlag beträgt monatlich mindestens 5 v. H. des Gebäudesteuerwerts und wird in dieser Höhe erstmalig für den Monat Januar 1923 erhoben. Für die folgenden Monate erhöht sich, sofern die Steuerungsbezüge der Reichsbeamten steigen, der Zuschlag in dem Verhältnis der hierdurch bewirkten durchschnittlichen Steigerung der Bezüge, wobei die Erhöhung der Abgabe am 1. des auf die Festsetzung der Steuerungsbezüge folgenden Monats beginnt. Der Abgabebefehl für die Gemeinde wird jeweils darauf nach unten abgerundet, daß zusätzlich des Abgabebefehls für das Land sich eine volle Prozentzahl von 1/4, 1/2 oder 3/4 Prozent ergibt. In dem Abgabebefehl inbegriffen ist 1/4 zur Bildung eines Ausgleichsfonds gemäß § 7 Absatz 3 des Reichsrentengesetzes; dieser Satz erhöht sich gegebenenfalls in gleicher Weise wie der gemeindliche Zuschlag für die Befreiung von der Abgabe gilt, soweit die Entrichtung der Landesabgabe und des Gemeindeforschlags in Betracht kommt, § 10 des Reichswohnungsabgabengesetzes. Hinsichtlich des freiwilligen Zuschlages kann der Stadtrat auf Antrag in voller Höhe oder zum Teil Befreiung gewähren, wenn die Erhebung eine besondere Härte bedeuten würde.

Stv. Dr. Fuhs (Soz.) begründet die stadträtliche Vorlage. Stv. Dr. Schneider (Wirtsch. Vg.) nimmt zunächst zur Begründung der Vorlage Stellung. Er ist der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Sätze nicht ausreichen werden. Die Wohnungsnot werde voll anerkannt, der Zustand sei tragisch. Es müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Die gesundheitlichen Schäden seien nicht abzulehnen. Die großen Familien müßten vor allem untergebracht werden. Der Redner verwies auf das leere Krankenhaus, das zur Aufnahme von Wohnungslosen Verwendung finden müßte. Eine gewisse Schuld treffe sicher auch solche Personen, die durch unkorrektes Verhalten dem Hausbesitzer gegenüber ihrer Wohnung verlustig gingen. Es müsse auch auf die Ausländer mehr geachtet werden, die Wohnungen hielten. Mit den jetzigen Abgaben sei bei der herrschenden Wertentwertung nicht viel anfangen. Bei den Wohnungen an der Viktorialstraße kosten allein die Fensterreinigungen 2 Millionen Mark. Mit der Einführung der Wohnungsabgabe sei zu spät angefangen worden. Es heiße, die Parteien hätten sich nicht den Mut gehabt, für die Wohnungsabgabe einzutreten. Die Mieter würden noch fünfzig Jahre gehalten. Mit dem Reichsrentengesetz könne man nicht zufrieden sein. Die Reparaturzuschüsse seien nicht in der erforderlichen Höhe genehmigt worden. Dadurch sei es unmöglich gewesen, größere Ausbesserungen vorzunehmen. 3 Prozent Reparaturzuschuß seien natürlich viel zu wenig; damit könne man nicht einmal eine Wohnung instandsetzen lassen. Auch der jetzt erhöhte Prozentsatz würde in jeder Hinsicht unzureichend sein. Ein weiterer Fehler sei, daß man neue Häuser mit niedrigen Mieten erbaue. Die Stadt werde nie auf ihre Rechnung kommen, wenn sie nicht durchdrücken könne, höhere Mieten zu bekommen. Seine Partei sei zu dem Entschluß gekommen, die Wohnungsabgabe in der heutigen Höhe abzulehnen. Es müßten 200 Prozent Reparaturkosten verlangt werden, sonst sei jede Arbeit unmöglich. Bei höheren Sätzen könne sicher manche Wohnung wieder hergerichtet werden. Es gebe auch Arbeiter, die Hausbesitzer seien. Diese Häuser seien zu einschleichen, daß bei 60 Prozent als Wohnungsabgabe fast untragbare Summen gezahlt werden müßten. Für fast alle Kreise sei die Abgabe zu hoch. Seine Partei lehnte die Vorlage ab.

Stv. Moses (D. V. P.) fragt sich, ob die Abgabe auf einen kleinen Kreis abgemildert werden könne, oder ob sie die Vollgesamtheit tragen müsse. Wenn in Mannheim 1500 Wohnungen gebaut werden sollen, so brauche man 12 Milliarden; das heiße 1200 Prozent des Steuerwerts für die Abgabe aufzubringen. So wie es heute sei, könne keine Abhilfe geschaffen werden. Die Mieter seien dem Mietwert nie angepaßt. Wenn das Reich und die Gemeinden die Not nicht beheben könnten, müßte dahin gestrebt werden, die private Bautätigkeit wieder zu heben. Bei der Wohnbauabgabe sei es so, daß viele in die Lage kommen, sie nicht zahlen zu können oder ihre Lebenshaltung bis zum äußersten einschränken müßten. Bei Annahme der stadträtlichen Vorlage würde für den Wohnungsbau nichts übrig bleiben. Die im Bau befindlichen Häuser müßten fertiggestellt werden. Seine Partei müßte die Vorlage ablehnen, wenn der Zentrumsantrag nicht angenommen werde. Dieser Abänderungsantrag verlangt die Verwendung der Mittel aus der Abgabe ausdrücklich zur Fertigstellung der in Angriff genommenen Bauten und die Ausherrückstellung der Vorlage mit Inkrafttreten des neuen Reichswohnungsabgabengesetzes.

Stadtrat Beschleier (Kommunist) lehnt die Vorlage ab. Es sei endlich zu glauben, mit der Wohnungsabgabe das Wohnungselend beseitigen zu können. Der Baumaterialienwucher müsse von allen Parteien unterbunden werden. Die Baustoffindustrie müsse verstaatlicht werden. Die Dielen müßten endlich einmal verschwinden, ebenso Raucher-, Billard- und Empfangszimmer. Der Viktoriaklub habe 8-10 Zimmer belegt. Eine Kommission von Wohnungselenden würde nach einige hundert Wohnräume ausfindig machen. Es bleibe nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu schreiben. Das solle keine Drohung, sondern nur eine Warnung sein. Die Beschlagnahme von Wohnräumen müsse radikalisiert erfolgen. Die Arbeiterchaft müsse bewußt und planvoll das Heft in die Hand nehmen. Die Steuerbrüdergerei sei eine Wissenschaft geworden.

Oberbürgermeister Dr. Ruder bittet um Überlassung der von Stadtrat Beschleier bekanntgegebenen Liste beschlagener Mietswohnungen. Das Ergebnis der Umrüstung werde veröffentlicht werden. Stv. Dr. Scheel (Dem.) tritt den Ausführungen des Stadtrats Schneider entgegen. Es müßten die alten Wohnungen instand gesetzt und neue gebaut werden. Die Behandlung der Angelegenheit gehöre vor den Landtag. Weiter kritisiert der Redner die Darlegung des Stadtrats Moses. Durch eine weitere Steigerung der Abgabe werde die Lebenshaltung der Bevölkerung noch mehr verschlechtert. Wenn man mehr bauen wolle, müsse man die Abgabe weiter erhöhen. Die Demokraten würden die Vorlage annehmen, da etwas gefahren müsse. Die Reichswohnungsabgabe werde vermutlich noch über die jetzigen Sätze hinausgehen. Man müsse eine Kontrolle haben, wie hoch die Abgabe am Ende vom Jahre sei. Seine Fraktion stimme deshalb der Vorlage unter der Bedingung zu, daß die Hälfte der Abgabe bis zum 31. Dezember 1923 laufe. Stv. Dr. Roedel (Str.) nimmt gegen das Verhalten der Kommunisten und der Galerie Stellung, das er aufs schärfste verurteilt und würdevoll nennt. Zum Gegenstand der Tagesordnung übergehend, meint er, alle Wohnungen müßten sofort werden. Auch die Leute, die nicht mit dem Geld haushalten könnten, müßten zur Abgabe herangezogen werden. Die Fertigstellung der angefangenen Bauten müsse erfolgen. Dazu brauche die Stadt Mittel, die man ihr geben müsse. Neue Projekte müßten zurückgestellt werden. Er begründet dann den vorher erwähnten Zusatzantrag des Zentrums, der folgenden Wortlaut hat:

1. Im Absatz 2 werden nach den Worten „der gemeindliche Zuschlag“ eingefügt die Worte „zur Fertigstellung der in Angriff genommenen Bauten“. 2. Es wird folgender Schluß beigefügt: Diese Vorlage tritt mit dem Inkrafttreten des neuen Reichswohnungsabgabengesetzes außer Geltung. Die ganze Bevölkerung müsse zur Wohnungsabgabe herangezogen werden. Zum Schluß bittet er, die Vorlage anzunehmen.

Stv. Dr. Hiesler (Soz.) wendet sich gegen den Stadtrat Beschleier wegen des Vorwurfs ungenügender Rationierung der Wohnungen. Beschleier solle sich in die Wohnungskommission wählen lassen. Durch die Rationierung werde das Problem nicht gelöst. In Ludwigshafen wird ein Zuschlag von 100 Prozent zur Gewerbesteuer von solchen Gewerbetreibenden verlangt, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen. Das sollte in Baden nachgeahmt werden. Der heutige Beschluß sei nicht von großer Tragweite, da das Reichsrentengesetz beabsichtigt. Seine Fraktion stimme der Ziffer 1 des Zentrumsantrages zu. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft sei unmöglich. Auch eine Angleichung der Mieter der alten Wohnungen an diejenigen der neuen lasse sich nicht durchführen. Mieterzuschuß und Zwangswirtschaft gehören zusammen. Von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der stadträtlichen Einforderung zur Wahrung des Wohnungselendes ausgehend, werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Bürgermeister Dr. Walli meint, gegen Ziffer 1 des Zentrumsantrages beständen keine Bedenken. Dagegen sollte Ziffer 2 fallen gelassen werden, weil die vorgeschlagene gemeindliche Abgabe bei dem Inkrafttreten des Reichsrentengesetzes ohnehin durch den staatlichen Satz erledigt würde. Er verspreche aber, eine weitere Vorlage zu machen, wenn die Gemeindeabgabe über die staatlichen Pflanzsätze hinausgehen sollte. Dr. Walli verdeutlicht die geltende Stala für die Abgabe nach den Bezügen der Reichsbeamten. Anträge nach der Richtung, daß Zuschläge auf die Gewerbesteuer erhoben werden dürfen, seien bereits eingebracht. Der Reichstag habe darüber zu entscheiden. Sich an Stadtrat Beschleier wendend, stellt Dr. Walli fest, daß in der Wohnungsrationierung fortgeschritten werde. Nur sei die Stadt so ziemlich ausgeputzt. In der Rationierung werde Mannheim in Baden nur durch Heidelberg übertriften. Der Beschlagnahme von Dielen usw. ständen die gesetzlichen Bestimmungen entgegen. Bezüglich des Baustoffwuchers sei zu bedenken, daß die Materialpreise entsprechend der Geldentwertung steigen müßten. Die Holzpreise könnten nur durch die Reichsrentengesetzgebung herabgesetzt werden. An der Gesetzgebung liege es nicht, daß von privater Seite nicht mehr gebaut werde. Stv. Gremm (Zentr.) vertritt sich am meisten von dem Zusammenarbeiten von Vermieter und Mieter. Der Redner wendet sich polemisch gegen den Stv. Schneider, der alte Bahndienstblätter vorgebracht habe. Bei der Besprechung der Wohnungsnot bemerkt er: Wir sind auch einmal in einem Badolen gewohnt, da weiß man, wie das Wohnmgselend aussieht. Der Redner bringt verschiedene Fälle zur Sprache, bei denen die Wohnungskommission Unrecht zur überbilligen Kritik gebe.

Stv. Krug (Soz.) spricht sich für die Vorlage aus. Er ist gegen die Abschaffung der Zwangswirtschaft, da dadurch die Zustände noch schlimmer würden. Die Rationierung habe keine guten Folgen gezeigt, wolle man jetzt diese Sache weiter ausbauen, so würden die Zustände noch schlimmer. Mit allen Mitteln solle versucht werden, Neubauten zu erstellen, aber das sei bei den heutigen Verhältnissen unmöglich, da man kaum wisse, wie man die angefangenen Bauten fertigstellen solle. Im allgemeinen verlieren die Ausführungen des Redners durch seine rechnerischen Darlegungen erheblich an Interesse und Klarheit. Durch die hohen Materialpreise werde das Bauen fast bis zur Unmöglichkeit erschwert. Im weiteren Verlauf tritt der Redner den Ausführungen des Stv. Gremm gegenüber und erklärt, er wäre gerne bereit, diesem seine Stelle in der Wohnungskommission abzutreten. Dadurch, daß verschiedene Kreise sich der Beschlagnahme widersetzen, werde es eines Tages im Wohnungswesen zur Katastrophe kommen. Stv. Dr. Jellsohn (Dem.) nimmt zu den Ausführungen des Stv. Schneider Stellung und ist weiter zu der Vorlage aus. Er tritt in der Festlegung der Abgabe, müßten vermieden werden. Stadtrat Beschleier bemerkt, daß die Einleitung zur Wohnungskommission gewöhnlich so spät komme, daß es unmöglich sei, sie zu beenden. Durch die Wohnungsrationierung könne man das Wohnungselend einschränken, alles besser machen könne sie jedoch nicht. Die Liste mit den zu großen Wohnungen habe er kurz vor der Sitzung erhalten. Es sei eine Tatsache, daß es Wohnungen gebe, die für die Bewohner zu groß seien. Durch Geld sei eben alles zu erreichen. Mit großem Pathos feierte er dann das bekannte kommunistische Programm dar und kommt nochmals auf die Zustände in den Dielen und Bars zu sprechen. Die von jungen Arbeitern nicht besucht werden könnten. (?!?) Stv. Roedel (Str.) nimmt nochmals zu dem Antrag seiner Partei Stellung.

Nach Ausführungen des Oberbürgermeisters zieht das Zentrum seinen Antrag zurück. Die Erhebung der Abgabe nach dem Antrag des Stadtrats vorbehaltlich der Dauer des Finanzes wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag der Kommunisten angenommen, ebenso der gesamte Voranschlag in der vorgelegten Fassung.

Voranschlag für das Nationaltheater für das Spieljahr 1923/24.

Stv. Dr. Seisinger beschränkt sich bei der Begründung der Vorlage unter Bezugnahme auf die kürzlich geheime Sitzung auf die Feststellung, daß der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage empfehle. Stv. Dr. Schnell spricht sich aus grundsätzlichen Bedenken gegen die Vorlage aus. Da sich niemand mehr zum Worte meldet, erfolgte die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, die Zahl der Arbeiter statt um 10 um 7 zu vermindern und infolgedessen statt 83 Millionen 86 Millionen M . Arbeitslöhne in den Voranschlag einzustellen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, ebenso der gesamte Voranschlag in der vorgelegten Fassung.

Schluß der Sitzung kurz nach 7 Uhr.

Städtische Nachrichten.

Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses am 30. Januar 1923

Infolge der ab 1. Januar 1923 weiter eingetretenen Wohn- und Erhöhung der Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenerhaltungsgebühren.

Behaltssteigerung sowie der Preissteigerung werden die nachgenannten Gebühren vom 1. Februar ab wie folgt erhöht:

1. Kanalgebühr bei Fälleneinstellung von 259 Proz. auf 360 Proz. der Mietwerte, ohne Fälleneinstellung von 194 Proz. auf 270 Proz. der Mietwerte vom 1. 12. 21;
2. Müllabfuhrgebühr von 385 Proz. auf 700 Proz. der Mietwerte vom 1. 12. 21; die Pauschalgebühr für Wohnungen bis 500 M . jährlichem Mietzins von 300 M . auf 720 M . jährlich.
3. Straßenerhaltungsgebühr von 350 Proz. auf 510 Prozent der Mietwerte vom 1. 12. 21.

Weitere Gebührenerhöhungen. Vom 1. Februar 1923 an werden zur Deckung des gestiegenen persönlichen und sozialen Aufwands erhöhte die Gebühren für die Benutzung der Büchermögen und der Tabakmögen, die Spunggelder, die Schlachtgewichtsgeldern.

Verkauf von Grundstücken. Am Industrieplatz werden zwei Grundstücke an zwei Firmen zur Errichtung industrieller Betriebe verkauft.

Die allgemeine Teuerung

und Geldwertung, die sich auch bei den Kosten der Herstellung der Zeitungen ins Riesenhafte auswachsen, zwingen uns, die Bezugs- und Anzeigenpreise durch eine angemessene Erhöhung einigermaßen den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Eine jedesmalige Erklärung an unsere Leser über die Notwendigkeit der Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise glauben wir uns in Zukunft ersparen zu können.

Mannheimer General-Anzeiger.

Der Bezugspreis des „Mannheimer General-Anzeigers“ beträgt für den Monat Februar Mt. 3000.— Nachforderung ab 15. Februar ausbreitend vorzulegen.

Einzelverkaufpreis bis 8 Seiten Mt. 70.—

über 8 Seiten „ 100.—

Anzeigenzeitungspreis Mt. 200.—, Reklamezeitungspreis Mt. 300.—

Erhöhung des Preises für Zeitungsdruckpapier.

Berlin, 31. Jan. Im Reichswirtschaftsministerium wurde der Verkaufspreis für Zeitungsdruckpapier auf 1170 Mark das Kilogramm festgesetzt. Die Vertreter der Zeitungsverleger erhoben scharfen Einspruch.

Die Ausschreitungen im Kofengarten

Zu den Ausschreitungen im Kofengarten wird uns von der Polizeidirektion mitgeteilt: Es war der Polizeidirektion bekannt, daß die Scheerensammlung gefordert werden sollte.

Es war der Polizeidirektion bekannt, daß die Scheerensammlung gefordert werden sollte. Das Aktionskomitee der S.V.D. Mannheim hatte wie üblich durch Handzettel zum Massenbesuch der Versammlung aufgefordert. Wen auch mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten des Redners, die Zeitlage und das Thema eine ernstliche Sichtung kaum denkbar erschien, so wurden doch von der Polizei Vorkehrungen in einem Umfang getroffen, wie sie bisher bei ähnlichen Veranstaltungen, selbst in den unruhigsten Zeiten noch nie eingeleitet wurden.

Nach Mitteilung der Polizei soll im Kofengarten von ordnungsgemäßem Publikum, als es sah, daß der Saal nicht gefüllt war, Eintrittskarten an Kassaerlöse verkauft worden sein (?). Das gesamte Saalpublikum verhielt sich zunächst ruhig. Als nach Verlauf von ca. 20 Minuten die Versammlung nicht eröffnet wurde, sangen die Redaktores die Internationale zu singen an, worauf die ordnungsgemäßen Besucher das Deutschlandlied anstimmten. Hierauf wurden die Verstärkungen aus der Nähe herangezogen. Im Saal selbst entstand ein wilder Tumult. Pfeifen, Schellen und Schimpfen mischte sich in den Gesang der Lieder. Da mit Gewaltmaßnahmen gerechnet werden mußte, wurde die Räumung des Saales durch die Polizei angeordnet. Diese wurde rasch durchgeführt. Auch die Annehmlichkeiten vor dem Kofengarten und in den anliegenden Straßen wurden zerstört. Bei dem Herausdrängen der Störer wurde von diesen Sachschaden angerichtet. Teilweise stieß die Polizei auf starken Widerstand. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt. Bewacherweise wurden 5 Polizeibeamte, darunter einer durch Messerhieb in die Lunge schwer verletzt. Gegen 9 1/2 Uhr trat Ruhe ein.

Die Polizeidirektion erkennt dankbar die im allgemeinen objektive Darstellung des Vorfalls in der Mehrzahl der hiesigen Blätter an, bedauert aber auf der anderen Seite lebhaft die Aufnahme von Zuschriften, die nur in der ersten Erregung geschrieben sein können und sich offenbar auf die Beobachtung nur einzelner Teilnehmer stützen.

Wegen des unerhörten beleidigenden die Tatsachen entstellenden Artikels in der „Arbeiterzeitung“ wird Strafantrag gestellt werden.

Die Darstellung der Polizeidirektion deckt sich mit unseren Mitteilungen über die Ausschreitungen der Kommunisten.

Rückkehr des letzten deutlichen Kriegsgefangenen

Nach einer Nachricht des Chefarztes des Hospitals St. Anne in Toulon wird der letzte deutsche Kriegsgefangene Doktor Otto Reuter als Ehrenfriedensbote bei Chemnitz, nachdem er sich von seiner letzten schweren Operation soweit erholt hat, daß er reisefähig ist, am 31. Januar mittags von Toulon die Reise in die Heimat antreten. Wenn keine Schwierigkeiten in der Umkleung des Eisenbahnverkehrs in der Pfalz eintreten, ist zu erwarten, daß Reuter mit dem Zuge 11.44 Uhr nachts (deutsche Zeit in Ludwigshafen eintrifft. Zu einem würdigen Empfang hat Herr Julius Licht mit der bei ihm gewohntem Umfange alle Vorbereitungen getroffen, er wird Reuter, wie alle anderen Heimkehrer, in seinem Hause bewirten. Es ist wohl mancher die Mühe nicht verdrängen lassen, den letzten von unseren Heimkehrern den Willkommenstrich zu entziehen. Frau Reuter und Tochter treffen heute hier ein, um den Gatten und Vater beim erstmaligen treten heimatischer Erde nach langer und schwerer Trennung zu begrüßen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Chemnitz der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Kreise wird ebenfalls zur Begrüßung Reuters hieherkommen. Außerdem wird Herr von Wallineller aus Neubaus Kr. Badern mit einer Kollekte zur Begrüßung in Mannheim einreisen. Für den von Julius Licht angeregten und normalisierten „Reuter-Fonds“ sind schon namhafte Spenden eingegangen, u. a. von Geheimrat August Böckling 10.000 Mk., von Ferdinand Wohlgemuth 30.000 Mk. usw. Das Geld soll in erster Linie dem Zwecke dienen, Reuter in die Gasse zu verlegen, vorerst nur seiner Gesundheit zu leben. Weitere Spenden, die man an Herrn Julius Licht richten möge, sind herzlich willkommen.

Derufswahl der Schüler. Das Bobische Unterrichtsministerium hat erneut veranlaßt, daß alle Lehrer und Lehrerinnen der obersten Knaben- und Mädchenklassen, namentlich die Lehrer in den größeren Gemeinden, die abgehenden Schüler und Schülerinnen auf die Wichtigkeit aufmerksam machen, sich alsbald nach der Schulentlassung einem Beruf oder einer geeigneten Beschäftigung zuzuwenden. In Orten, an denen Arbeitsämter bestehen, sind die Schülerinnen und Schüler auf diese hinzuweisen und die Schulbehörden und Lehrer werden ersucht, die Tätigkeit der Arbeitsämter in Sachen der Berufsberatung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Erhöhung der Bücherpreise. Die Schlüsselzahl des Börsenvereins der deutschen Buchhändler ist mit Wirkung vom 29. Januar ab von 700 auf 900, d. h. um 29 Prozent erhöht worden.

Die Vorauszahlung für Gas und Strom vor Gericht. Der dem Landgericht Mannheim kam gestern die Klage der Union-Werke H.-G. Mannheim gegen die Stadtgemeinde Mannheim wegen Forderung auf Vorauszahlung eines Monatsrechnungsbeitrages für Gas- und Strombezug zur Verhandlung. Die Union-Werke waren durch Rechtsanwalt Dr. Ring, die Stadtgemeinde durch Rechtsanwalt Dr. Hirscher vertreten. Da von Dr. Hirscher kein Schriftsatz vorlag, kam es zu keiner Verhandlung. Die Entscheidung soll am 28. Februar gefällt werden, wenn der fehlende Schriftsatz eingereicht ist.

Zur Wegnahme des Schwimmkranes im Mannheimer Hafen. Zur Gemeldetung eines der Bad-Alliengemeinschaft für Schwimmkran und Seetransport vom Ostufer gehörenden im Mannheimer Mühlhafen liegenden Schwimmkranes wird noch mitgeteilt, daß der französische Schlepper von zwei bewaffneten französischen Monitoren begleitet war. Die Franzosen erklärten den Schwimmkran für beschlagnahmt und ließen ihn mit dem Schlepper nach Ludwigshafen bringen. Bei dem stillen Wert eines Schwimmkranes ist der Verlust der Firma, der bereits eine ganze Reihe wertvoller Schiffe weggenommen wurde, natürlich außerordentlich empfindlich.

Aus dem höheren Schulwesen. Nach einer Verordnung des Bobischen Unterrichtsministeriums können auf den Beginn des Schuljahres 1924/25 nur noch solche Kinder in die unterste Klasse einer höheren Schule aufgenommen werden, die der vierjährigen Grundschulpflicht genügt haben. — Am Mittwoch, den 21. März, wird eine ordentliche Handelslehrerprüfung ihren Anfang nehmen.

Rührhilfe. Wir machen unsere Leser auf den im Anzeigenteil enthaltenen Aufruf zur Rührhilfe aufmerksam. Die den Aufruf unterzeichneten Körperschaften fordern ihre Mitglieder auf, ihre Hilfsbereitschaft durch die Tat zu beweisen. Näheres siehe Anzeige.

Das Wetter im Februar. Nach den Berechnungen des Leiters der öffentlichen Wetterdienststelle in Weidburg, Prof. Dr. Frede, wird der kommende Februar voraussichtlich verhältnismäßig milde sein, d. h. milder als sonst der Februar im langjährigen Durchschnitt zu sein pflegt.

Lichtmess. Am 2. Februar feiert die katholische Kirche das erste Lichtmess im neuen Jahr, Maria Lichtmess. Das Fest ist im Evangelium Lucas Kapitel 2, begründet, wo berichtet wird, wie Maria mit dem Jesusknaben 40 Tage nach seiner Geburt zum ersten Mal in den Tempel ging. Damals erschien der alte Simon und brach, nachdem er Jesus gesehen hatte, seinen Barmherzigen dar: „Herr, nun löstest du deinen Diener in Frieden fahren.“ Antworfend auf die Stelle: „... ein Licht zu erleuchten die Heiden.“ hat die katholische Kirche auf den Tag Maria Reinigung die Weihe der im neuen Jahre zur Verwendung kommenden Kerzen gelegt. Im Anschluß daran findet eine Prozession mit Lichtern statt, wovon die Messe und schließlich auch der Tag den Namen Lichtmess erhalten haben. Die Laien, die seit der Winterjahren die Lage bereits merklich zugenommen haben, liegt einer Bauernregel für Lichtmess zugrunde, die in verschiedenen Varianten in unserem Vaterland verbreitet ist. Sie lautet: „Lichtmess, 9 Spinnen verloh, und bei Tag zu nacht eh.“ Lichtmess ist ein hervorragendes Posttag. Zwei bekannte Bauernregeln lauten: „Lichtmess hell und klar, gibt ein gutes Roggenjahr“ und „Scheint an Lichtmess die Sonne weiß, so kommt noch viel Schnee und Eis“.

Brandausbruch. In unglücklicher Weise wurde im Hause Nr. 2, 6 der Wiesenstraße eines Wäschereis auf den Fußboden anstatt in die betriebl. Vorrichtung gefüllt, wodurch der Fußboden, trotzdem dieser mit Blech beschlagen war, in Brand geriet. Die Gefahr wurde durch die Berufsvorkehrer beseitigt. — In letzter Zeit sind in hiesiger Stadt durch leichtfertiges Umgehen mit brennenden Kerzen und glühender Asche eine Reihe von Bränden entstanden, so daß eine Warnung zu vorrätlichem Umgang mit feuergefährlichen Gegenständen sehr am Platze ist.

Verkehrsänderung. Heute morgen um 8 Uhr stieß ein elektrischer Wagen in der Breiten Straße vor dem Geschäftsbau der Firma Sophie Lint, F. 1, mit einem schweren mit Holz beladenen Fuhrwerk zusammen, wodurch eine Verkehrsänderung von einer Viertelstunde entstand. Diese führte zur Anamnung der Straßenbahnwagen von der Redarbrücke bis zum Schloß. Die Ursache des Zusammenstoßes soll aus dem Fahrer des Straßenbahnwagens zurückzuführen sein. Wir haben schon wiederholt auf das in dieser Gegend unzumutbar schnelle Fahren der Straßenbahnwagen und auch manchenmal das rücksichtslose Verhalten der Wagenfahrer beobachtet. Bisherigen abend hätte sich an der Ecke des alten Kohlhäuses ein ähnliches Unglück ereignet, wenn nicht der Fahrer eines großen, mit zwei schweren Pferden bespannten Lastwagens die Gegenüberwart gehabt hätte, die Pferde noch rechtzeitig herumzulenken. Des öfteren haben wir auch auf die Verkehrsverhältnisse am Marktplatz an den Markttagen verwiesen. Durch die Abperrung der Straßen zwischen den P. G. und H. Duobrasen wird der Verkehr auf die anderen Straßenzüge gelenkt und ist dort natürlich an den Markttagen lebhafter als sonst. Wir müssen daher immer wieder auf eine Absenkung des Verkehrs in der Richtung Schloß-Redarbrücke an den Markttagen hinweisen und gleichzeitig der Verwaltung der Straßenbahn anheimstellen, die Fahrgeschwindigkeit in dieser Gegend an den Markttagen entsprechend dem Verkehr zu beschränken.

Veranstaltungen

Künstlertheater „Apollo“. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, erfolgt heute im Apollotheater ein Programmwechsel, der ganz vorzügliche Nummern aufweist.

Nachbargelände

Kaiserslautern, 30. Jan. In einer Entschließung, die von einer Versammlung der Brenner der Pfalz nach einem Referat von Kommerzienrat Nierenstein-München über die Lage des Gewerbes gefaßt wurde, heißt es: Die Brenner der rheinischen Pfalz, die an das von Frankreich besetzte Saargebiet grenzen, bitten das Reichsamt, daß dieses die unter so erschwerten Umständen arbeitenden Brenner der Pfalz in den Bestimmungen und Berechnungen berücksichtigt und daß Erleichterungen gewährt werden, sowohl in der Freigabe von Rohmaterialien, als auch in der Freigabe des Spiritus an die Brennereibesitzer wegen der bedeutend erhöhten Aufkosten, außerdem auch einen Zuschlag zu dem Produktionspreis zu gewähren. In einer am 6. Februar einberufenen Versammlung soll eine großstädtische Brennereigenossenschaft gegründet werden.

Kaiserslautern, 30. Jan. Das städtische Beamtenratsgebäude am Karlstal ist eine Schöpfung der Gemeinde, Staat und Reich, also aller dazwischen, die berufen sind, an seiner Entfaltung und weiteren Entwicklung mitzuwirken. Der bayerische Staat hat die ausgebreitete Bedürfnissen mit angrenzenden Gärten zur Verfügung gestellt; das Reich gab wiederholt namhafte Summen zum Ausbau; städtische Bezirksräte und Gemeinden leisteten und leisten dauernd größere Beträge zur Beschaffung und Erhaltung der Annehmlichkeiten und zum gleichem Zwecke, wie zum Betrieb brachte der Kreisverband Pfalz des Bayerischen Beamtenbundes bis jetzt durch Beiträge und Beistand von Anstaltsleuten schon bedeutende Mittel auf und wird es auch in Zukunft tun. Und gerade dieser Anstaltsleuten schon vereintes Streben gibt die beste Gewähr dafür, daß das Heim in immer höherem Maße den ihm zugebachten Zweck erfüllt.

Berichtszeitung

Eine Drägerlei im Stadtparlament. Als einen besonders heißen Tag in der Berliner Stadtordnungsversammlung bezeichnete der Berichtiger den 16. November v. J., an welchem sich ein Vorfall ereignete, der gestern das Schöffengericht Berlin-Witz befähigte. Wegen Mißhandlung Weidung war der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Max Ulrich, angeklagt. An dem genannten Tage gingen die Wogen in der Berliner Stadtparlament wieder einmal besonders hoch. Den Anlaß hierzu bot eine Rede des deutschnationalen Abgeordneten Rube, welcher in der

mündlichen Mitglieder der Stadtordnungsversammlung erregt, forderte, für die Angeklagte Ulrich pfläglich nach der Rednertribüne und geriet hier mit dem Stadtordnungsmitglied Schärfer aneinander. Letzterer erhielt von dem Angeklagten einen bestialischen Stoß, so daß er strauchelte und vor dem Platze des Oberbürgermeisters zu Boden fiel. In der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt 8 Wochen Gefängnis, während H. U. Dr. S. Weinberg darauf hinwies, daß es sich um eine in höchster Erregung begangene Ausschreitung handelte. Das Gericht verurteilte Ulrich zu 50000 M. Geldstrafe.

Die Welle durch färbende Zwischenrufe und wüste Schimpferien wiederholt unterbrochen wurde. Als Rube sich trotzdem nicht fügen ließ und seine Ausführungen, die das besondere Mißfallen der тов

Neues aus aller Welt

— Altersrekord bei Lokomotiven. Der Altersrekord unter noch im Gebrauch befindlichen Eisenbahnlokomotiven wird in Europa zweifellos von einigen Maschinen in Spanien gehalten, die im Jahre 1849 gebaut wurden und heute noch laufen. Gewöhnlich hat eine Lokomotive eine Lebensdauer von 15—20 Jahren. Die älteren Maschinen sind meistens so umgestaltet worden, daß ihre ursprünglichen Erbauer sie nicht wiedererkennen würden. Während ihrer Lebensdauer legt eine Maschine durchschnittlich eine Strecke von 1/4—2/3 Millionen Kilometer zurück. Wie eine englische Zeitschrift berichtet, ist die älteste Lokomotive, die noch für Personenzüge in Großbritannien im Gebrauch ist, die Lokomotive Nr. 224 der Rockdalebahn, die seit 1871 Dienst tut und erst jetzt außer Betrieb gesetzt wurde. Dieser englische Lokomotiv-Veteran war es, der den Unglückszug führte, der am 28. Dezember 1875 das furchtbare Unglück auf der Tap-Brücke erlebte. Die Maschine wurde mit dem Wagon ins Wasser geschleudert und lag einige Monate, bevor sie geborgen wurde. Es stellte sich dann heraus, daß die Maschine verhältnismäßig wenig gelitten hatte, und sie konnte bald wieder in Dienst gestellt werden. 1886 und 1897 wurde sie umgebaut.

— Die Zunahme der Knabengeburt in England. Nach dem Krieg wurde allgemein eine Zunahme der Knabengeburt in den kriegerischen Ländern beobachtet. Diese Erscheinung hält in England, wie die neuesten Statistiken zeigen, weiter an. In den ersten drei Vierteljahre von 1922 wurden 309 251 Knaben geboren und 284 568 Mädchen. In normalen Zeiten belief sich das Verhältnis der Knaben- und Mädchengeburt auf durchschnittlich 1040 Knaben zu 1000 Mädchen. Die neuen Ziffern aber zeigen ein Verhältnis von 1066 Knaben zu 1000 Mädchen. Dadurch wird die alte Erfahrung bestätigt, daß nach großen Kriegen immer mehr Knaben geboren werden.

— Die Amerika für Papier sorgt. Die Zeitungen der Vereinigten Staaten verbrauchen jährlich drei Millionen Kubik Fuß Holz, und die Hölzer, die man dazu verwendet, bedürfen einer Zeit von 40 Jahren, um schlagreif zu werden. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, trägt man schon jetzt Sorge, um diesen Holzbedarf für spätere Zeiten sicherzustellen. Es werden 30 000 Quadratkilometer unbenutzten Landes in 40 Abschnitten mit Fichten bepflanzt, und durch diese weit vorausgehende Maßnahmen wird es den amerikanischen Zeitungen nie an Papier fehlen. Die zwei Millionen Tonnen Zeitungspapier, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten täglich gedruckt werden, stellen ein Band von der Breite einer gewöhnlichen Tageszeitung dar, das über 64 Millionen Kilometer lang ist, sich also am Äquator 1600 mal um die Erde legen ließe.

— Ein Brückenprojekt über den kleinen Belt. Schon lange wird in Dänemark der Bau einer Brücke über den kleinen Belt, also einer direkten Verbindung zwischen Jütland und Fünen erwohnt. Nach dem Krieg haben diese Pläne mehrere Gestalt gewonnen. Neuerdings ist der Mittelmeister Clauson-Kaas mit einem Vorschlag an die Dänische Regierung getreten, den er auch der dänischen Regierung vorlegen lassen. Hiernach soll nicht der Staat die Brücke bauen, sondern eine Privatgesellschaft. Die zukünftige Brücke soll nicht allein dem Eisenbahnverkehr dienen, sondern auch zugleich für Wagen und Fußgänger eingerichtet werden. Die Länge wird etwa 300 Meter betragen. Die Kosten würden sich nach dem Vorschlag etwa auf 15 Millionen Kronen stellen. Diese Summe könnte durch die Einnahmen innerhalb von 15 Jahren getilgt werden.

Briefkasten

Wir bitten für den Briefkasten bestimmte Einsendungen auf dem Umschlag als solche kenntlich zu machen. Wündliche Auskünfte können nicht gegeben werden. Verantwortlich für Inhalt und Redigieren sind die Verantwortlichen der Redaktion. Jeder Anfrage ist die letzte Begrüßung zu beizugeben. Anfragen ohne Nennung des Namens werden nicht beantwortet. Goldmark. Für eine Goldmark wurden am 15. Dezember 1920 um gefähr 18 Papiermark bezahlt, heute 2000 Papiermark.

Dr. 168. Ihre Ansicht dürfte stimmen. Genaues konnten wir nicht erfahren.

Bitte. Ihre Anfrage ist durch das Beispiel in Nr. 35 unserer Zeitung erledigt.

Anders. Ja in unserer Zeitung vom 30. Januar, Nr. 43, finden Sie die gewünschte Zahlen in dem Bericht über die Sitzung der Mannheimer Preisrichtungskommission. Genaue Aufstellungen können Sie bei der Geschäftsstelle einsehen.

Gewinnhaft. Sie haben vollständig recht. Es heißt: Ich habe genügt (nicht gewonnen). Wir den gleichlautenden Worten finden, trinken wir, bei das nicht zu tun. Jede Schlußfolgerung gibt hierüber genaue Auskunft. Ebenso heißt es: Ich nicht, ich habe genügt (nicht gewonnen). Was Duver verdientlich ist, ist absolut unrichtig.

S. D. R. Wegen der Doppelverteilung wenden Sie sich an das Bergamt, Abt. 4, Zimmer 40, mit genauer Darstellung des Sachverhalts. S. in Reduktion. Wegen der genauen Angelegenheit wenden Sie sich am besten gleich an einen Rechtsanwalt.

Neue Bücher.

(Besprechung einzelner Werke nach Maßgabe ihrer Bedeutung und des aus zur Vertiefung stehenden Raumes vorbehalten.) Dr. Kopp: Der Lohnkampf 1923. Späth u. Linde, Berlin. (40) S. Wisse: Das Drama. III. Vom Sturm und Drang bis zum Realismus. IV. Vom Realismus bis zur Gegenwart. Kurt Reinr und Christmann. 200/90. B. G. Teubner, Leipzig. (41 a, b) R. Schwemer: Die Reaktion und die neue Kunst. (1848—1902.) Aus Kunst und Geisteswelt. 101. Ebnbo. (42) Walter Angel: Der Weiber, Roman. August Scherl, Berlin. (43) Hans Gollersch: Kullerwörter. J. Engelhorn Nachf., Stuttgart. (44) Franz Josef Rittl: Der Niedergang Europas. Die Wege zum Wiederaufbau. Franzischer Sozialistischer Verlag, Frankfurt a. M. (45) G. H. Seibt: Deutschlands franks Wirtschaft und ihre Wiederherstellung. H. Moritz und C. Webers Verlag, Bonn. (47) H. C. Franzfurter: Deut schließt die Karte. Roman. Verlag Christlein u. Co., Leipzig. (48)

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Table with 2 rows of data. The first row shows 'Wasserstand' and the second row shows 'Wasserstand' with values for different days and locations.

Mannheimer Wetterbericht v. 1. Febr. morgens 7 Uhr. Barometer: 765,7 mm. Thermometer: 9,5 C. Niedrigste Temperatur nachts: 7,5 C. Höchste Temperatur gestern: 10,4 C. Niederschlag: 0,0 Liter auf dem qm. S. 4. Regen.

Advertisement for 'Mühneraugen' (eye medicine) featuring an illustration of a person and text describing the product's benefits for eye health.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Devisenmarkt

Markbesserung auf amerikanische Börsengerüchte

* Berlin, 1. Febr. (Eig. Draht.) Die plötzliche Besserung, die die deutsche Mark an der gestrigen New Yorker Börse aufwies und die in Berlin zu wilden Kursschwankungen führte, bildet natürlich den Gegenstand größten Interesses, auch in politischen Kreisen. Ueber den Grund, aus dem der Markkurs in New York gestiegen ist, ist in Berlin bis in die späten Nachtstunden keine authentische Nachricht eingegangen. Private Meldungen der Banken sollen dem Berliner Lokalanzeiger zufolge wissen, daß es sich um folgendes handelt:

Die sehr hohen Petroleum-Interessen der Union, die angesichts der Machtstellung der Trusts in Amerika eine ganz besondere Beachtung durch die Regierung der Vereinigten Staaten finden dürften, hätten diese dazu veranlaßt, mit Rücksicht auf Mossul eine Intervention in Sachen des Lausanner Konfliktes zwischen England und Frankreich ins Auge zu fassen. Die Borah-Gruppe wäre diesem Gedanken beigetreten, unter der Bedingung, daß dann auch der weitere Konfliktstoff aus Europa und auch zwischen England und Frankreich der in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets und der deutschen Wiederherstellungsleistungen überhaupt läge, zugleich aus der Welt geschafft werden müßte. Dem stände die amerikanische Regierung angeblich jetzt sympathisch gegenüber. Es muß indessen betont werden, daß es sich hierbei um Gerüchte handelt, für die bis zur Stunde noch keinerlei Bestätigungen vorliegen. Aus Paris wird gemeldet, es sei unter den Mitgliedern des Völkerbunds zurzeit ein Meinungsaustausch darüber im Gange, ob der Völkerbund nicht doch in irgend einer Form sein Interesse an der Reparationsfrage zu erkennen geben müßte.

Zu diesen Gerüchten, mit denen aus Amerika gearbeitet wird, tritt ein weiteres aus Berlin, wonach man für den hohen Dollarstand angeblich „an leitender Berliner Stelle“ wieder einmal die Spekulation verantwortlich machen möchte, weil sich zwischen dem Berliner Dollarkurs und dem New Yorker Markkurs in den letzten Tagen häufig Disparitäten ergeben haben. Auch sollen angeblich Schritte zur „Festigung der deutschen Währung“ in Aussicht genommen sein. Dem letzteren Gerücht gegenüber glauben wir, daß es angesichts der Vorgänge im Ruhrgebiet wirklich keiner „Machenschaften“ bedarf, um den deutschen Kredit im Ausland herunterzudrücken, d. h. die Mark zum Fallen zu bringen. Auch möchten wir annehmen, daß die Regierung aus dem „Erfolg“ der Devisennotverordnung und ihrer Ergänzung ersehen hat, wohin gesetzliche Eingriffe in das empfindliche System des Devisenmarktes führen und deshalb die Hand nicht zu neuen Experimenten auf diesem Gebiet ausstreckt. Wenn sich zwischen dem Kurs für amerikanische Noten und jenem für telegraphische Auszahlung zeitweilig ein Preisunterschied bis zu 1000 „A“ herausgebildet hat, so hat man es dabei wohl mit Hamsterkäufen zu tun, es ist aber auch nicht zu übersehen, daß der Bedarf des Fremdenverkehrs mitspricht. Sonst aber erklärt sich das Ansteigen des Dollarkurses und sein jetziger Rückgang — der Markkurs kam heute Nacht mit einem Dollargleichwert von 3735 „A“ — zwanglos aus den großen durch Panikstimmung verschärften Bedarfskäufen für die geschäftlichen Außenhandelszwecke, die in dieser Zeit auf ausgeprägte Zurückhaltung der Abgeber stoßen mußte.

Nachdem der dringendste Bedarf gedeckt ist, kommt jetzt eine kleine Atempause und es genügt ein mäßiges Nachlassen der Bedarfsfrage um bei der bisherigen minimalen Bewertung der Mark, wie sie sich in den New Yorker Dezimalkursen ausdrückt, starke Schwankungen hervorzurufen. Solange die rücksichtslose Politik Frankreichs gegen uns anhält, die eine Bedrohung auf die andere häuft, kann natürlich von einer wirklichen Besserung der Mark nicht die Rede sein, zumal sich eine Teuerungswelle auf die andere häufen und unser Papiergeldumlauf ins Ungemessene steigen muß. Daß diese Politik auch auf die französische Währung selbst zurückwirkt, zeigt der Umstand, daß Frankreich gegenwärtig für ein englisches Pfund 80 Franken, gegen 25 Franken im Normalverhältnis, zahlen muß.

Mannheimer Devisenmarkt, 1. Febr. Es notierten am heutigen Platze (alles Geldkurs): **New York 46000** (50000, Holland 18100 (17000), London 214000 (232500), Schweiz 3600 (9330) Paris 2750 (2900), Brüssel 2500 (—), Italien 2175 (—), Prag 1315 (—).

Tendenz: Unsicher, schwankend, bei unentwickeltem Geschäft.

× New York, 31. Jan. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,0026% (0,0021%) Cents. (Dies entspricht einem Kurs von 37 735 (46 512) „A“ für den Dollar.

New York, 31. Januar. (WB) Devisen.

Frankreich	30	31	Schwed.	30	31	Spanien	30	31
Belgien	2,04	2,12	England	10,65	10,65	Italien	13,55	13,55
	2,35	2,18		4,04	4,04		4,75	4,72

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

* Mannheim, 31. Jan. Die Tendenz der heutigen Börse war sehr fest und das Geschäft lebhaft. In Bankaktien wurden umgesetzt: Rheinische Creditbank zu 10 000, Rheinische Hypothekbank zu 3500%. Von Industriewerten waren gehandelt: Bremen-Besigheimer zu 50 000, Rhenania zu 50 000, Chemische Goldberg zu 50 000, Verein Deutscher Oelfabriken zu 30 000, Westeregeln zu 70 000, Seilindustrie zu 24 000, Benz sehr lebhaft gehandelt zu den Kursen von 26 000 und 27 000, Dingler Maschinen zu 34 000, Gebrüder Fahr zu 26 000, Waggonfabrik Fuchs zu 16 000, Süddeutsche Kabelwerke zu 25 000, Karlsruher Nähmaschinen zu 20 000, Konservenfabrik Braun zu 14 000, Mannheimer Gummi zu 20 000, Neckarsulmer zu 25 000 und Pfälzische Nähmaschinen zu 30 000, Zementwerk Heidelberg zu 32 000, Freiburger Ziegelwerke zu 12 000, Wayß u. Freytag zu 40 000, Zellstoff Waldhof zu 42 000, Zuckerfabrik Frankenthal zu 30 000 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 27 000%. Von Versicherungsaktien waren im Verkehr: Frankonsa zu 10 000, Frankfurter Allgemeine Versicherung zu 100 000, Württembergische Transport zu 4000. In Brauereaktien wurden Sinner zu 20 000% gehandelt.

* Hochvalutafakturerung auch im Verkehr mit untervalutarischen Ländern. Gemäß der Beschlüsse der Außenhandelsstellen aller Faserstoffgebiete dürfen wie die Textil-Woche mittelt, für die Folge Ausfuhrbewilligungen auch nach den niedervalutarischen Ländern nur noch erteilt werden, wenn die der Ausfuhr zu Grunde liegenden Verkäufe in Hochvaluta getätigt sind. Hinsichtlich des Verkehrs mit Danzig, dem Memelland, dem Saargebiet und Poinisch-Oberschlesien verbleibt es bei der bisherigen Handhabung.

* Zölle in Italien und Frankreich. Wie uns die Handelskammer Mannheim mittelt, werden Kugelmöhlen künftig nach Nr. 118 des italienischen Zolltarifs verzollt, was einer beträchtlichen Zollverminderung gleichkommt. Im Gegensatz dazu hat Frankreich eine Reihe von Waren, die Schmuckfedern, Zinn, verschiedene Chemikalien und dergleichen, für welche bisher keine Koeffizienten bestanden, mit ziemlich hohen Koeffizienten belegt und für eine Reihe weiterer Waren, wie Gewebe aus reiner Wolle, Trikotstoffe, Papier und dergleichen die bestehenden Koeffizienten erhöht. Nähere Auskünfte erteilt die Außenhandels-Abteilung der Handelskammer Mannheim, Börse, E. 4, 12/16.

* Pfalzbrauerei A.-G. in Landau. Die Verwaltung beantragt bei der auf den 27. d. M. einberufenen ersten o. G.-V. eine Erhöhung des Aktienkapitals um 36 auf 48 Mill. „A“ durch Ausgabe von 32 Mill. „A“ Stamm- und 4 Mill. „A“ Vorzugsaktien, letztere mit qualifiziertem Stimmrecht.

* Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, außer 25 Mill. „A“ Stammaktien, deren Schaffung durch Umwandlung der bestehenden 20 Mill. „A“ Vorzugsaktien in Stammaktien und Neuausgabe von 5 Mill. „A“ die zum 10. Februar einberufene G.-V. beschließen sollte, weitere 50 Mill. „A“ mit 25% einzuzahlende Stammaktien auszugeben, die von einem Konsortium zu dauerndem Besitz übernommen werden sollen und von der Gesellschaft frühestens nach vier Jahren zum Uebnahmepreis zurückzuerwerben werden können. Die zum 10. Februar einberufene G.-V. findet nicht statt. An ihrer Stelle wird eine neue o. G.-V. für den 21. Februar einberufen.

* Die sächsischen Anleihen. Wie wir hören, macht sich für die Kohlen- und Elektrizitätsanleihen des Freistaates Sachsen, die in der gestrigen Nummer unseres Blattes angekündigt wurden, lebhaftes Interesse geltend. Bereits vor Beginn der Zeichnung ist von einer Seite als erste Rate ein Betrag von 50 Millionen „A“ gezeichnet worden.

* Frotaktien bei der Deutsche Gußstahlkugel- und Maschinenfabrik, A.-G. in Schweinfurt. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der so. H.-V. am 24. Februar eine Erhöhung des Stammkapitals mit höchstens 75 Mill. „A“ vorzuschlagen, wobei zunächst den Stammaktionären auf jede Stammaktie eine aus dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahres voll gezahlte Stammaktie mit Gewinnberechtigung für das laufende

Geschäftsjahr zur Verfügung gestellt werden soll. Des Weiteren soll den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht hergestellt eingeräumt werden, daß auf je eine Stammaktie eine neue ab 1. Januar 1923 gewinnberechtigte Stammaktie zu einem von der H.-V. festzusetzenden Kurse bezogen werden kann. Ein weiterer Teil der neuen Stammaktien soll zum Rückwerb der Obligationen und zu dem Bezugsangebot an die Vorzugsaktionäre Verwendung finden, während der Rest zur Verfügung der Gesellschaft gehalten werden wird.

Waren und Märkte

* Neuer Mehlpreis. Die Teuerung wirkt sich weiter aus. Nach der gestrigen Erhöhung von 195 000 „A“ auf 240 000 „A“ ist heute ein weiterer Aufschlag auf 270 000 „A“ für die 100 kg Weizenmehl, Spezial 0, mit Sack, ab süddeutscher Mühle, eingetreten.

* Eisenpreise in Süddeutschland. Die Südd. Eisenzentrale (Mannheim) teilt im Anschluß an die Preisliste vom 24. Januar mit, daß für Saar-, Lothringer und Luxemburger Material bis auf weiteres mit folgenden Zuschlägen zu rechnen ist: Formeisen 61 300 „A“, Stab- und Universal-Eisen 78 000 „A“, Bandeseisen 95 400 „A“, Grobbleche 74 600 „A“, Mittelbl. 84 700 „A“, Feinbl. 129 700 „A“ pro 100 kg. Die Ueberpreise für Saar-, Lothringer und Luxemburger Material betragen für Verbraucher das 176fache der in der Lagerüberpreisliste vom 1. August 1922 angegebenen Sätze.

* Thüringische Holzversteigerung. Bei der großen staatlichen Holzversteigerung in Katzhütte (Thüringen) wurden im ganzen 6500 Festmeter verkauft. Der Preis für den Festmeter stellte sich auf 70—100 000 „A“. Im ganzen wurden ungefähr 600 Millionen „A“ gelöst.

* Neue Preissteigerungen am Häutemarkt. Die Berliner Häuteauktion am 30. Januar brachte gegenüber der Auktion vom 9. Januar fast um das fünffache erhöhte Preise. Es mußten bezahlt werden für: Ochsenhäute leichte 3400 bis 4500 „A“ (gegen 1555 am 9. Januar), 30—49 Pfd. 3970 „A“ (1100—1136), 50—59 Pfd. 4570 „A“ (1000), 60—79 Pfd. 4900 „A“ (1075), über 80 Pfd. 4900 „A“ (1115); Bullenhäute leichte 4000—4015 „A“ (1610), 30—49 Pfd. 4970—5135 „A“ (1205—1208), 50—59 Pfd. 4920 „A“ (920), 60—79 Pfd. 4930—4940 „A“ (900), über 80 Pfd. 4700 „A“ (900—911); Kuhhäute leichte 4350 (1350), 30—49 Pfd. 5040—5100 „A“ (1020), 50—59 Pfd. 5115—5130 „A“ (1115), 60—79 Pfd. 5200—5500 (1090); Färsenhäute 4605 bis 4750 (1671—1725), 30—49 Pfd. 6300 „A“ (900).

Berliner Metallbörse vom 30. Januar

Preise in Mark für 1 kg.

Elektrolytkupfer	14041	16020	Aluminium	30	31
Raffinadepkupfer	10990	11200	13000	14000	14000
Blei	4895	5000	4800	4900	4900
Zinn	4591	4600	6340	68	68
do. (fr. Verk.)	6700	6700	6500	7000	7000
Platin	4700	5500	5500	5900	5900
Aluminium	150	20	20	20	20

London, 31. Januar. (WB) Metallmarkt. (In Lt. für 4. engl. t. v. 1012 t.)

Kupferkass.	66	65	60	60	60
do. 3 Monate	66	65	60	60	60
do. Elektro	73	72	72	72	72

Amerikanischer Funkdienst

New York, 31. Januar. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

Kaffe laos	12 20	12 85	Zuf. aus.	24 000	40 000	staud w.	13 25	13 25
do. sdr.	11 01	11 12	Elektr. Zyt.	15	15	Crud. Bat.	3 50	3 50
do. w.	11 22	11 32	Zinn laos	40 00	39 87	Zucker Cent.	5 21	5 28
do. s.	10 23	10 07	Zinn sdr.	8 27	8 17	Terpentin	180	180
do. w.	9 20	9 07	Zinn w.	7 15	7 15	Savannah	—	—
do. s.	8 20	8 07	Eisen	29 20	29 20	S. Ori. Gummi	27 08	27 00
do. w.	7 20	7 07	Weißblech	4 75	4 75	Weizen rot	132 25	132
do. s.	6 20	6 07	Schmelzw.	12 30	12 30	Hart loks	129 25	129
do. w.	5 20	5 07	Talg	0 90	0 85	Mais loks	50 75	50
do. s.	4 20	4 07	Baumwoll	10 50	10 05	Mehl nied. Fr.	5 50	5 50
do. w.	3 20	3 07	do. sdr.	11 11	11 11	do. hoch. Fr.	9 60	9 60
do. s.	2 20	2 07	Feinw. laos	10 50	10 50	Getreide, Eng.	1 50	1 50
do. w.	1 20	1 07	tanke	7	7	Kontinental	11	11

Chicago, 31. Januar. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

Wolken Wdr.	117 20	117	Roggen Juli	—	—	Schwainz	8 80	8 80
do. sdr.	112 20	112	Sonntag	11 20	11 20	do. sdr.	8 80	8 80
do. w.	10 20	10 20	do. März	11 30	11 30	do. w.	8 80	8 80
do. s.	9 20	9 20	do. Febr.	—	—	do. sdr.	8 80	8 80
do. w.	8 20	8 20	Alpen Febr.	11 10	11 10	do. w.	8 80	8 80
do. s.	7 20	7 20	Speck nied.	10 50	10 50	Zel. Chicago	3 0 0	190 0
do. w.	6 20	6 20	do. hoch.	11 50	11 50	Western	141 00	143 00

Verantwortl. Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. 6, 2. Direktion: Ferdinand Haas, — Vertriebsleiter: Kurt Böhler. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Böhler; für das Bulletin: Dr. Fritz Hammer; für Kommunalpolitik: Richard Schmeider; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Befehle und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Richter; für Anzeigen: Kurt Böhler.

Offene Stellen

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere **Beamte und Beamtinnen** Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten. 742

Bayerische Staatsbank Ludwigshafen a. Rh.

Direktor gesucht von großem Konzern der beschäftigt hier eine Transportverf. K.-G., sowie eine Verf.-Bermittlungs K.-G. zu erziehen. Kapital bereits eingesetzt. Tüchtige Generalagenten erhalten den Vorzug. Ausführliche Angebote mit nachweisbarem Erfolg unter A. R. 56 an die Geschäftsstelle des Blattes. *9227

Tüchtige Dreher, Bohrer u. Fräser für unsere Maschinenfabrik gesucht.

J. Ruppel G. m. b. H. Ludwigshafen a. Rh.

Ein energischer Hofmeister dem die Verwertung und Beaufsichtigung der Entladungen von Waggons u. f. w. obliegt, von einem Werk der Metall-Industrie zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote unter M. N. 112 an die Geschäftsstelle des Blattes. 708

Wir suchen zum baldmöglichsten Eintritt für unsere Bankabteilung einen gutempfohlenen, mit allen Zweigen des Bankfaches vertrauten

jüng. Bankbeamten ca. 25—30 Jahre alt, sowie eine **gewandte Stenotypistin** mit guter Schulbildung und engl. und franz. Sprachkenntnissen. Ausführliche Bewerbungsbedingungen mit Zeugnisabschriften sind zu richten an die

Badische Anilin- & Soda-Fabrik Ludwigshafen a. Rhein.

Tüchtiger Vertreter der Bebenan- & Bronche, welcher bei der einjährigen Rundreise gut eingeführt ist, von einer (abb. Zuteilung) u. Beförderungswahl gesucht. *9280 Angebote u. Z. M. 26 an die Geschäftsstelle.

Tüchtige Heizungs-Monteur für dauernd gesucht. 7000 Carl Kummer jun. G. m. b. H., Tel. 1910 Ludwigshafen a. Rh.

Jüngeres Fräulein gewandt auf Schreibmaschine und in Stenographie von Crossfirma zu baldigem Eintritt gesucht. Angebote unter M. W. 121 an die Geschäftsstelle des Blattes. 732

Vertreter für Schuherei gesucht. **Dans Raumann**, 26000, Schulberg, 6. **Jüngere Lager-Arbeiter** f. d. Stroger, L. 5. 10.

Perle Weibsbild 1. einziges Foto im Land gesucht. R. Weibsbildner, Q. 2. 18. *9221

Bestensausgebildete Stütze in Dauerstellung bei höchstem Lohn baldigst gesucht. *9331 H. Walter, Weberstr. 3.

Tüchtiges Mädchen f. sofort gesucht. 70000 Böhle, Zulieferung 24. *9345

Tücht. Mädchen für den ganzen Tag bei hoch. Lohn u. sehr guter Verpflegung. **Herrmann** Grab. P. 2. 4a. *9347

Vermischtes: Beteiligung m. 8—10 Millionen Markt für oder billig event. Geschäftskauf von Kaufmann gesucht. *9306 Häselte erb. unt. A. Q. 45 an die Geschäftsstelle.

tät. Beteiligung engl. Vertretung. Angebote unter A. X. 62 an die Geschäftsstelle. *9326

Detektiv-Institut und Privat-Auskunft **Argus** A. Maler & Co. G. m. b. H. O. G. 6, Mannheim. Telefon 3305. Vertrauliche Auskünfte jeder Art, Erhebungen in allen Kriminal- und Zivilprozessen, Heirat- und Auskünfte. 524

Hilfe (Frau od. Mädchen) verm. mittig gesucht. 253 Direktor J. u. J. K. Noerthamer, 411. **Alleinmädchen** bei hoch. Lohn u. guter Verpflegung zu 3 erteil. Besuchen, sofort gesucht. *9348 J. 7. 20, 1. Tr. **Küchenmädchen** für sofort gesucht. *9345 Sel. B. 2. 4.

National-Theater Mannheim.
Donnerstag, den 1. Februar 1923
 in Miets A. - Preis Volksabnahme 2251-3400.
 Bühnenvolkbund Nr. 2661-4700.
Wilhelm Tell
 Schauspiel in fünf Akten von Schiller 39
 in Szene gesetzt von Heinz W. Voigt
 Bühnenbilder: Heinz Grele.
 Anfang 7 Uhr Ende nach 10 Uhr
 Hermann Geiler, Reichvogt in Schwyz und Uri
 Werner, Freiherr von Aninghausen, Baslerherr
 Ulrich von Rudenz, sein Nefte
 Werner Stauffacher
 Walter Füssli
 Wilhelm Tell
 Arnold vom Melchtal
 Konrad Stammgärien
 Gertrud, Stauffachers Gattin
 Hedwig, Tells Gattin, Fürsts Tochter
 Herta von Brunenck
 Arnward
 Rudolf der Harraz, Geilers Statthalter
 Wilhelm Kolmar
 K. Neumann-Hoditz
 Richard Eggarter
 Hans Godeck
 Georg Köhler
 Rudolf Wingen
 Robert Vogel
 Paul Rose
 Lene Blankenfeld
 Grete Bäck
 Helene Leydenma
 Maria Andor
 H. Herbert Michels

Künstlertheater „Apollo“
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
 Beginn des großen Februar-Programms
Anny Trautner, beständig lebende Silhouetten.
Dr. Angelos, lebende Silhouetten.
 Hugo Drossel, d. berühmte Pionvirtuose
 Zwei Stoehwas, Exzentriker
 Violett Thorns, kom. Jongleure
 Derfiling-Kockowsky, Nach d. Redoute
 Tilla Düring, Tanzkünstlerin
 Barry, Manipulator 5208
 Sonntag, den 4. Februar, 3 1/2 Uhr
 Nachmittags-Vorstellung bei kl. Preisen.
 Vorverkauf ab heute.

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
 Die Jahresrechnung für das letzte Viertel der vorläufigen Bilanz 1922 aus Vermögens- und Betriebsvermögen für 1. 4. 1922 bis 31. 3. 1923 ist abgelaufen. Es ergibt daher die Aufforderung, die fälligen Beiträge binnen einer letzten Frist von 14 Tagen zu bezahlen. Über diese Frist versäumt, hat die geschätzte Beitragssumme zu entrichten und die Zwangsverfügung zu erwarten. Eine besondere Mahnung jedes einzelnen Bürgers erfolgt nicht. Schlußtermin: 8-11 u. 14-3 Uhr. Samstag: 8-12 Uhr. Stadtkasse. 59
 Die Jahressumme in die Bücherei ist von Montag, den 5. Februar 1923 an wegen Reinigung und Prüfung auf ungefähr 8 Tage außer Betrieb. Stadt. Bibliothek. 69
 Morgen früh auf der Freibank Kahlleisch. Umfang-Nr. 092. 86 Die Verwaltung.

Drucksachen
 für die gesamte Industrie liefert schnell
 Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Stellen-Gesuche
Beamter a. D.
 selbständig und energisch sucht
 Vertrauensstelle als Portier, Kassendiener oder ähnlichen Posten. Angebote unter A. U. 50 an die Geschäftsstelle d. Bl. 9322
 Tüchtiger, versch. Sprachen sucht irgend
Befähigung mit vorläufig 8-10 Millionen Einlage
 findet mehr. Branche u. Ort gleich, mögl. mit Wohngelegenheit, jedoch nicht absolut nötig. Angeb. unter A. Q. 55 an die Geschäftsstelle. 9322

Tüchtiger Kaufmann
 25 J., Bilanz, m. gut. Allgemeinbild., best. techn. u. Sprachkenntn., 1 J. Einf. erster Maschinenl., auch d. 1. 4. erst. feiner Stells. als Einf. Buchh., Korresp., Reg. Verso. 28926
 Angeb. unter B. C. 67 an die Geschäftsstelle.

Fräulein
 tüchtige Buchhalterin, gew. Schreiberin, auch posst. Schriftf. u. Rechnen. I. Stenogr. u. Schreibmasch. Angeb. unter A. W. 61 a. b. Geschäftsstelle. 9325

Verkäufe
Eckhaus mit Wirtschaft!
 nahe Hauptpl., 4 1/2 Stock, bald bezugsbar, Preis 25 Millionen u. Rollen, überdies die genannte Kapital nachweisen können, erbaut. Auskunft durch
Weber, Immobilien-Büro, O 6, 1
 Telefon 9029 und 9092.
 Geschäftszeit von 10-12 u. 1-5 Uhr. 9328

Zu verkaufen
 laufend aus Vorrat:
Tann. Schlafzimmer
 kompl. Küchen aus Lärchen und Tannen, sowie Einzelmöbel, insbes. Bettstellen in Eichen und Tannen, Fußschemel. 700
 Fränk. Türen- u. Möbelfabrik A.-G., Hardheim (Baden), Tel. Nr. 43.

Vollständiger Zigaretten-Betrieb
 mit Motoranlage zu verkaufen. Angebote unter Z. T. 33 an die Geschäftsstelle des Blattes. 93061

Konzert-Flügel
 Jahmar, fast neu, preiswert zu verkaufen. Preisunterl. 9319
 Gust. Schwarz, Redarion, Großfeldstr. 10.

Libelle KÖNSTLERSPIELE
 O 7, 8 Telefon 7231
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr
Februar 1923
Hans Lederer
Betty Feiner
Werner Gross
Resi Rée 5206
Willy Dietrich
Hansi Kersting
Albrecht Hoffmeister
Liesel Stiewing
Gusty Angerer
 Die Original Harry's Jazz-Kapelle.
 in **Clava** Schmal- l. Stad. WENRESTAURANT. Trio

Kammer-Lichtspiele
 Nur noch heute! Des großen Erfolges wegen verlängert!
Yvette, die Modeprinzessin
 Reizendes Filmstückspiel in 6 Akten
 Hauptdarsteller:
 LYA MARA und Eitel Kaiser-Titz.
Das Geheimnis des Klosters
 Ein Bericht in 5 Kapiteln nach Franz Grillparzer's Novelle: 5100
 1-1 Das Kloster von Sandomir. 1-1

Feuerio-Jubiläum
 Sonntag, den 4. Februar 1923, abends 6 Uhr 11
 im Nibelungensaal des Rosengartens
 Vergnügungskommission: ALEXANDER KÖKERT.
 Aus dem Programm:
 Lokalszene mit Musik, Gesang und Tanz. - Bittensreden. - Harmonisten. - Landhäuser-Quartett. - Ballett. - Bühnenbild: Heinrich Bornhagen.
 Eintrittskarten im Verkehrsverein; am Sonntag an der Rosengartenkasse von 11-1 und 3-5 Uhr. 754
Der Elfer-Rat.
 Größere, oftrenommierete Firma sucht noch

5-6 Millionen Betriebskapital
 zu selbstgemäßen Bedingungen u. gutem Zinsfuß. Diejenige Sicherheit vorhanden. Angebote unter A. P. 54 an die Geschäftsstelle d. Bl. 9323

Karl Theodor-Klaus
 Fernspr. 8731
 O 6, 2 O 6, 2
 Ab heute
Willy Ziegler's Ragtime Kapelle
 Crescenz-Weine. : Get. bürgerl. Küche
 Kein Weinzwang. : Kellnerbedienungs.
 Kein Eintritt! = Zivile Preise!

UT Heute zum letzten Mal **UT**
 Um 4, 6 und 8 Uhr!
 Der Paul Wegener-Film
Herzog Ferrantes Ende!
Ruhr-Hilfe.

Reichs- und Landesregierung, sowie die Spitzenverbände von Handel, Industrie und Handwerk haben zur Hilfe für unsere bedrängten Volksgenossen im Ruhrgebiet aufgerufen. Die unterzeichneten Körperschaften fordern ihre Mitglieder auf, ihre Hilfsbereitschaft durch die Zeit zu beweisen und nach Kräften zu geben. Einzahlungen können angenommen werden bei allen Banken sowie auf Postkonten Nr. 6500 Ruhrhilfe und 17500 Ruhrhilfe oder auf das Konto „Ruhrhilfe“ der unterzeichneten Körperschaften bei der Reichlichen Kreditbank oder der Süddeutschen Diskontogesellschaft Mannheim, Handelskammer für den Kreis Mannheim, Handelskammer Mannheim, Mannheimer Bode, Besitzgruppe Baden des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Verband des Einzelhandels, Kartell der Mannheimer Arbeitgeberverbände. 744

Seyfried-Artikel
 Ständig großes Lager in
 Schmirgelleinen
 Schleifsteinen
 Schleif-u. Glaspapier
 Polier- u. Filzscheiben
Hans Seyfried-Schmirgelfabrikate
 Mannheim M 2, 8
 ES

Statt besonderer Anzeige!
 Am 31. Januar verschied infolge eines Schlaganfalles unsere herzengute, treubesorgte Mutter *9318
Frau Barbara Apfel Wwe.
 im fast vollendeten 70. Lebensjahre.
 im Namen der Hinterbliebenen:
Otto Apfel, J 5, 20.
 Die Beisetzungsfeier findet Freitag nachmittags 2 Uhr statt.

Todes-Anzeige.
 Gestern früh entschlief sanft meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante
Frau Berta Mann
 geb. Koch *9346
 im 43. Lebensjahre.
 MANNHEIM, den 1. Februar 1923.
 T 4, 7
 im Namen der betrübten Hinterbliebenen:
Wilhelm Mann
 Küllermaler.

D. H. V.
 Freitag, 1. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im H. Goale der „Siedelhof“, K 2, 32
 Jahres-Hauptversammlung der Krankenkasse. 270

2er Club.
 Veranstaltungen am 3. und 9. Februar 1923 fallen aus. Der Vorstand.
Scienschirme Drahtgestelle Lampen Elektrisch bei Jäger, E 3, 7. 277

Mitteilungen der Geschäftsstelle
 Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Quittungen über den Bezug unseres Blattes nur dann Gültigkeit besitzen, wenn diese von der Geschäftsstelle ausgestellt sind. Andere Ausfertigungen sind unglültig. 5382

Vermietungen
 In ruhiger Straßensituation gelegener
Einzelvilla
 im schönsten Teil der herrlichen Bergstraße ist eine möblierte 2 Zimmerwohnung an solchem Herrn oder kinderloses Ehepaar sofort zu vermieten.
 Angaben unter M. X. 123 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Miet-Gesuche
Büroräumlichkeiten
 (mehrere Zimmer) in Ludwigshafen gegen Büroräume evtl. mit Wohngelegenheit in guter Lage in Mannheim zu tauschen gesucht
 Angebote unter M. Y. 123 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Lagerräume
 die zur Unterbringung von blanken Edeltahlerzeugnissen geeignet sind, per sofort gesucht, Angebote sind zu richten unter N. A. 125 an die Geschäftsstelle d. Bl. 763

Möbl. u. leere Zimmer
 zu mieten gel. Angebote u. Z. O. 28 an die Geschäftsstelle.
 Besser. Fräulein sucht in gutem Hause. Selbstgemäße Beschöpfung. Angeb. unter A. N. 52 an die Geschäftsstelle. 93060
 Einber. junger Mann sucht für sofort leeres od. möbl. Zimmer an die Geschäftsstelle.

Zahle immer noch die höchsten Preise für alle Sorten
Flaschen
 sowie sämtliche andere Altwaren zu höchsten Preisen.
E. Zwickler, G 7, 48 (Sackgasse), Tel. 5463
 Samstag geschlossen.

Achtung! Hausbesitzer!
 Suche per sofort auf der Linie Westpfalz-Dunnsbüsch ein
Wohn- od. Geschäftshaus, Wirtschaft etc.
 mit zum Preise von 50 Millionen A. 1-2 Räume müssen frei werden. Angebote an
Immob.-Büro Weber, O 6, 1
 Telefon 9029 und 9092.

Brillanten
 Platin, alte Gold- und Silbergegenstände
G. Rexin, Breitstraße, H 1, 6, Werkstätte Hinterhaus
Alt-Gold, Silber, Platin, Quecksilber, Zinnsachen
 kauft streng reell zu höchsten Preisen 93065
W. Dosch, H 1, 1 | Treppe, Breitestraße.

Zu kaufen gesucht
1 ca. 250 PS. Dampfmaschine
 für 10-12 Hm. Druck für überhitzten Dampf. Angebote mit Preis, Standort, Baujahr, Erbauer und Größe event. Abbildung erbeten unter A. M. 51 an die Geschäftsstelle des Bl. 9313

1 Telephonzelle
1 Bandsäge
 beides gebraucht, zu kaufen gesucht
Rheinische Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. Mannheim

Ankauf von Eisen, Papier, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn 93022
Fassler, S 2, 12
 Telefon 9306.

Schreibmaschine
 gebraucht, aber gut erhaltene
 zu kaufen gesucht. 285
 Hill u. Hiller, N 3, 11/12.

Schreibmaschine
 neu oder gebraucht zu kaufen gesucht. Best. Angebote nur schriftlich an 2301

Hans Günther
 Ludwigshafen a. Rh. Dörchhofstraße 9 H.
Heirat
 Fräulein 34 J. alt, sehr hübsch, erzog., wünscht mit ein. solchem Herrn bekannt z. werd. weils späterer 93229

Heirat!
 Witwer mit einem Kind nicht ausgeschlossen. Zufuhr unter A. T. 58 an die Geschäftsstelle.

Heirat!
 Handlungslehrl. 28 J. alt, ehel., hübsch, wünscht mit ein. solchem Herrn (auch Witw. v. 22-28 J.) zu verheirat. Aufschreiben mit Bild unter A. V. 50 an die Geschäftsstelle. 9333

Heirat!
 Ewige f. m. Schweißer, Ewige, 28 J., mit gut. einig. Wohn-, eig. Gesch., nett. Ausg. u. gut. Char., ehrenhaft. Herrn kennen zu lernen, welcher mir. Wert auf gemüß. Heim legt, weils 93228

Heirat!
 Herr, Zufuhr, evtl. u. A. S. 57 a. b. Geschäftsstelle.
 Selbst. Kaufm., 28 J., sehr weils spät. 93317

Heirat
 die Bekanntheit einer hübsch. lebensfr. Dame. Zufuhr. unter A. O. 53 an die Geschäftsstelle.
 Netze ja. Dame, evtl. Handarbeiten wird geübt, mit kindl. Herrn, 25 J., evgl., Beamt., in Weisheit, zu verheirat. 93321

Heirat
 Gesehnte
Schreibmaschine
 auch H. Modell, zu kauf. gesucht. 2422 m a u u. S. 93047.

Brillanten
 Alt-Gold- u. Silbergegenstände. Zahlungsbasis kann höchstens 112.
Werthelm, T 3, 3, Tel. 8492
 Uhren, Schmucksachen
 Brillanten u. Zahngestülfe kauft. Selbstveredelung
 Oskar Solta, Ulmenstr. G 4, 10, 2 Treppen. 617

Geldverkehr.
Wer leiht Mk. 50000
 1 gut. Bred. a. 4 Woch. 2
 Gell. Sing. u. A. Z. 64
 a. b. Geschäftsstelle. 93242

Möbliertes Zimmer
 zu mieten gel. Angebote u. Z. O. 28 an die Geschäftsstelle.
 Besser. Fräulein sucht in gutem Hause. Selbstgemäße Beschöpfung. Angeb. unter A. N. 52 an die Geschäftsstelle. 93060
 Einber. junger Mann sucht für sofort leeres od. möbl. Zimmer an die Geschäftsstelle.